

WAHLEN - JUGEND - MEDIEN

Heinrich **Pehle**, Erlangen / Nürnberg

Aktuelle Probleme und Perspektiven des Bundeswahlrechts

1. Bewertungsmaßstäbe für Wahlsysteme

Die politikwissenschaftliche Wahlsystemforschung bedient sich seit geraumer Zeit des internationalen Vergleichs. Ihre vielleicht grundlegendste Erkenntnis hat Dieter Nohlen, der wohl führende deutsche Wahlsystemforscher, prägnant in dem Satz zusammengefasst: „Es gibt kein ideales Wahlsystem!“ Diese Einsicht fußt zunächst einmal darauf, dass wir wissen, dass identische Wahlsysteme in unterschiedlichen nationalen Kontexten höchst unterschiedliche Wirkungen entfalten können. Deshalb haben abstrakte Modelldiskussionen, die sich an der schlichten Dichotomie „Mehrheitswahl versus Verhältniswahl“ orientieren, nur außerordentlich begrenzten Erkenntniswert. Lohnender erscheint dann schon die Frage zu stellen, ob sich ein bestimmtes Wahlsystem – in unserem Fall also die personalisierte Verhältniswahl in Deutschland – bewährt hat oder nicht. Und selbst, wer diese Frage im Grundsatz bejaht, kann durchaus Anlass sehen, Reformbedarf anzumelden. Wer sich an derartigen Diskussionen beteiligen möchte, ist gut beraten, einen konsensfähigen Maßstab zu benennen. Dieser Maßstab lässt sich – ich folge noch immer Dieter Nohlen – in den Funktionsleistungen von Wahlsystemen finden. Diese Funktionsleistungen, die ich sogleich in der gebotenen Kürze benennen werde, stehen nicht unbedingt in Harmonie miteinander. Optimiert man die eine, kann dies gleichzeitig die Minderung einer anderen bedeuten.

Die erste Funktionsleistung eines Wahlsystems besteht in der Repräsentation im Sinne der Vertretung möglichst aller oder doch vieler gesellschaftlicher Gruppen und zwar im Sinne der Fairness: Parameter dafür ist der Grad der Proportionalität von Stimmen und Mandaten. Zum zweiten geht es um die Konzentration, soll heißen, darum, ob das jeweilige Wahlsystem die Bildung stabiler Regierungsmehrheiten im Parlament erlaubt. Das dritte Kriterium bezieht sich auf die Partizipation, also darauf, wie weit die Mitgestaltungsmöglichkeiten des einzelnen Wählers reichen. Ist er zum Beispiel nur auf die Wahl einer (starrten) Liste verwiesen oder wird ihm in Verbindung mit einer Listenwahl auch eine Personalstimmgebung ermöglicht? Wahlsysteme, mit welchen versucht wird, möglichst allen der genannten Kriterien gerecht zu werden, laufen Gefahr, ein allzu kompliziertes Regelwerk vorauszusetzen. Deshalb ist, viertens, die Einfachheit eine durchaus anspruchsvolle funktionale Anforderung an Wahlsysteme: Der Wähler soll verstehen können, was mit seiner Stimme geschieht. Schluss-



Deutsche Vergangenheit – Deutsche Kontroversen



Kostenlose Leseprobe

Deutsche Kontroversen

Festschrift für Eckhard Jesse

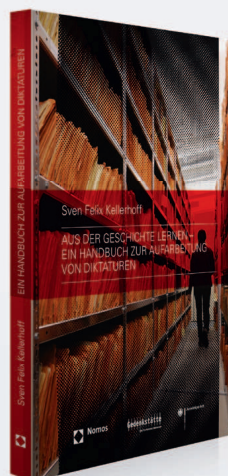
Herausgegeben von Alexander Gallus,
Thomas Schubert und Tom Thieme

2013, 620 S., geb., 98,- €

ISBN 978-3-8487-0114-8

www.nomos-shop.de/20248

Konflikt und Konsens sind wichtige Antriebsmomente für Demokratie und Wissenschaft. Der Band versammelt Beiträge zu wissenschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen deutschen Kontroversen, angefangen von Verfassungspatriotismus, Historikerstreit und der „deutschen Frage“ bis hin zu Kontroversen über die Gestalt der deutschen Demokratie.



Kostenlose Leseprobe

Aus der Geschichte lernen – Ein Handbuch zur Aufarbeitung von Diktaturen

Von Sven Felix Kellerhoff

2013, 136 S., brosch., 24,- €

ISBN 978-3-8487-0973-1

www.nomos-shop.de/21881

In diesem Handbuch wurden erstmals die wichtigsten Institutionen und Methoden der deutschen Aufarbeitung der NS- und der SED-Diktatur zusammengefasst. Das Werk ermöglicht einen schnellen Überblick über die Aufarbeitung „made in Germany“, die trotz vieler Fehler und großer Versäumnisse international als Vorbild gilt.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37. Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de



Nomos

endlich soll, fünftens, ein Wahlsystem Legitimität stiften. Diese Anforderung schließt die vorgenannten Kriterien ein. Werden sie in einem Maße erfüllt, das auf allgemeine Zustimmung stößt, werden die Wahlergebnisse als fair empfunden, können auch die Wahlverlierer sie akzeptieren? (...)

2. Ein Rückblick

(Nach einem Exkurs über die Geschichte der BVerG-Urteile über das Problem der Überhang- und Ausgleichsmandate legte der Referebt dar,) dass bei der aktuellen Bundestagswahl angesichts von 4 Überhangmandaten, die ohnehin auszugleichen waren, insgesamt noch 29 Ausgleichsmandate verteilt werden mussten. 598 „reguläre“ Mandate plus 4 Überhangsmandate plus 29 Ausgleichsmandate – der 18. Deutsche Bundestag umfasst 631 Abgeordnete.

Sitzverteilung 18. Legislaturperiode

CDU:	255 Sitze	(ÜM 4; AM 13)
SPD:	193 Sitze	(ÜM 0; AM 10)
LINKE:	64 Sitze	(ÜM 0; AM 4)
GRÜNE:	63 Sitze	(ÜM 0; AM 2)
CSU:	56 Sitze	(ÜM 0; AM 0)
<hr/>		
631 Sitze		(ÜM 4; AM 29)

3. Probleme und Perspektiven

3.1 Deren erstes besteht in der Gefahr, dass wir es künftig eben doch mit „übergroßen“ Parlamenten zu tun haben könnten. Der Grund, warum bei der Bundestagswahl vom vergangenen September relativ wenige Ausgleichsmandate vergeben werden mussten, bestand im Wesentlichen in dem überragenden Zweitstimmenergebnis der CDU. Fast alle von ihr errungenen Direktmandate – bundesweit waren es insgesamt 191 – wurden durch ihre Zweitstimmen abgedeckt, so dass eben insgesamt lediglich 4 Überhangmandate entstanden. Eine Rolle spielte auch, dass nur vier Parteien – die Unionsparteien als eine gerechnet – in den aktuellen Bundestag einzogen, womit sich die Zahl der ausgleichsberechtigten Parteien natürlich verminderte. (...)

3.2 Als problematisch empfinden einige Verfassungsrechtler und Politikwissenschaftler nicht nur, dass wir in Zukunft durchaus mit einem „aufgeblähten“ Bundestag rechnen müssen, sondern auch, dass bei der Bundestagswahl im September eine bislang ungekannt hohe Zahl von Stimmen unter den Tisch fiel: Nachdem zwei Parteien, die FDP und die AfD mit 4,8 bzw. 4,7 Prozent der Zweitstimmen, denkbar knapp an der Fünfpro-

ZEIT FÜR DIE SCHULE

Kostenfreies Unterrichtsmaterial

Gestalten Sie Ihren Unterricht aktuell und praxisnah.

Bestellen Sie **DIE ZEIT für 3 Wochen gratis** im Klassensatz. Anregungen für den Einsatz der ZEIT im Unterricht finden Sie im neuen Medienkunde-Heft.



+




**DIE ZEIT
kostenlos im
Klassensatz**

Medienkunde

Das kostenlose Lehrmaterial unterstützt Sie dabei, Schüler für einen kritischen Umgang mit Medien zu sensibilisieren. Auf mehr als 170 Seiten finden Sie unter anderem:

- ✓ Arbeitsblätter zur Textanalyse
- ✓ Medienvergleich Print/Online
- ✓ Chancen und Risiken im Internet
- ✓ Interviews mit Medienmachern
- ✓ CD mit Lehrfilmen für einen bilingualen Unterricht

**Bestellen Sie unsere Materialien
einfach kostenlos:**

 www.zeit.de/schulangebote
 **040/32 80-141***

* Sie erreichen uns Mo. bis Fr. von 8.00 bis 20.00 Uhr.

In Kooperation mit



zenthürde scheiterten, waren es insgesamt 15,7 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen, in ganzen Zahlen also immerhin 6,8 Millionen, die ohne Erfolgswert blieben. Ist die Fünfprozenthürde also (noch?) angemessen? Soll sie abgesenkt werden, und wenn ja, auf welchen Wert? (...)

3.3 Was in der Diskussion über das neue Wahlrecht völlig zu Unrecht noch recht selten thematisiert wird, ist die Tatsache, dass das neue Wahlrecht das Stimmensplitting faktisch seines Sinns beraubt hat. Das Ausmaß des Stimmensplittings – also der Aufteilung der Erst- und Zweitstimme durch ein und denselben Wähler auf unterschiedliche Parteien – hatte bei der Bundestagswahl 2009 laut repräsentativer Wahlstatistik mit 26,4 Prozent aller Wähler einen neuen Höchststand erreicht, wobei wir nicht wissen, wie viele dieser Wähler die Bedeutung von Erst- und Zweitstimme korrekt bemessen haben. Die Wähler der FDP splitteten am häufigsten; über 55 Prozent von ihnen hatten mit der Erststimme den Direktkandidaten einer anderen Partei gewählt, dabei vornehmlich den der CDU oder CSU. Im Gegenzug vergaben knapp 18 Prozent der Erststimmenwähler der CDU ihre Zweitstimme an die FDP. Auch Zweitstimmenwähler der GRÜNEN unterstützten mit ihrer Erststimme häufig Direktkandidaten einer anderen Partei, vor allem die der SPD.(...)

4. Die Perspektiven: Eine Reform der Reform?

(...) Die Einfügung einer Sperrklausel bedeutet – das ist nicht zu bestreiten – einen empfindlichen Eingriff in die grundsätzlich vom Verhältniswahlssystem garantierte Erfolgswertgleichheit der Stimmen. Die faktische Wirkung der derzeitigen Sperrklausel von 5 Prozent dürfte noch höher zu veranschlagen sein, denn sie hat einen psychologischen Effekt, der sich zum Nachteil von Kleinparteien auswirkt. Viele ihrer potenziellen Wähler scheuen sich nämlich, der Partei ihrer „ersten Wahl“ wirklich ihre Stimme zu geben, weil sie befürchten, dass sie unter den Tisch fällt. Wenn aber das in der Vergangenheit weithin konsentiertere Argument weiterhin gilt, dass nämlich die Sicherung der Arbeits- und Mehrheitsfähigkeit des Parlaments gegen eine absolute Erfolgswertgleichheit der Stimmen in Abwägung zu bringen ist, dann wüsste ich nicht, warum uns die Absenkung der Sperrklausel auf vier Prozent, wie sie verschiedentlich gefordert wird, wirklich weiterbringen sollte. Hier gilt meines Erachtens, dass man die Stabilität von Institutionen nicht den Zufälligkeiten eines einzelnen Wahlausgangs opfern sollte. Es wird jedoch eine andere Möglichkeit diskutiert, die missliebigen Auswirkungen der Sperrklausel zu vermeiden. Sie besteht in der Möglichkeit einer Alternativstimmgebung. Hierbei handelt es sich um einen Vorschlag, den Eckhard Jesse von der TU Chemnitz schon vor langer Zeit gemacht hat und der jetzt wieder aufgegriffen wird. Er schlägt vor, jedem Wähler eine Alternativstimme zu geben. Diese Stimme, die verschiedentlich auch als Neben- oder Eventualstimme bezeichnet wird, soll zum Zuge kommen, wenn die Partei, welcher der betroffene Wähler seine Zweitstimme gegeben hat, an der Fünfprozenthürde scheitert. Eckhart Jesse schreibt dazu: „Durch die Existenz einer Nebenstimme schлüge sich das Votum des Wählers exakt nieder. Der positive Effekt der Fünf-Prozent-Klausel, das Parlament vor Zersplitterung zu schützen, bliebe gewährleistet. Ihr negativer Effekt, nämlich die fehlende Berücksichtigung von Stimmen, würde verschwinden.“ (...)

Das eigentliche Problem ist damit aber nicht vom Tisch. Es besteht unbestreitbar in der Tatsache, dass für die Zukunft keinesfalls auszuschließen ist, dass der Deutsche Bundestag „Übergröße“ annimmt. Wie klar geworden sein dürfte, verdankt sich dies der Tatsache, dass sich der Gesetzgeber dafür entschieden hat, Überhangmandate auch künftig in prinzipiell unbegrenzter Höhe zuzulassen und sie vollständig zu kompensieren. Die Wurzel allen Übels liegt also im Umgang mit den Überhangmandaten. Es gibt relativ einfache Lösungen, die Entstehung von Überhangmandaten wenn schon nicht vollständig zu verhindern, so doch ihre Entstehung wesentlich unwahrscheinlicher zu machen. Frank Decker zeigt eine Möglichkeiten auf, die der Gesetzgeber dazu hatte und hat: „Würde man den Anteil der Direktmandate [...] auf 40 Prozent oder ein Drittel absenken, könnten Überhangmandate gar nicht erst entstehen oder wären zumindest seltener.“

Das ist völlig richtig, würde aber nichts daran ändern, dass wir weiterhin mit einem Wahlrecht leben müssten, dessen zentrale Bestimmungen auf Grund seiner extrem komplizierten Verrechnungsmechanismen „schlicht und ergreifend unverständlich“ sind, wie der Wahlrechtsexperte Hans Meyer völlig zu Recht moniert. Mindestens ebenso gravierend ist der Umstand, dass die Wahlrechtsreform von 2013 die Rationalität des Zwei-Stimmen-Systems weitestgehend unterlaufen hat. Welchen Nutzen haben die Wähler noch davon, dass man ihnen zwei Stimmen zur Verfügung stellt, wenn man ihnen gleichzeitig sagen muss, dass es keinen Sinn mehr macht, sie zwei verschiedenen Parteien zu geben? Aktueller als je ist deshalb die Forderung nach einer Rückkehr zum Ein-Stimmen-System personalisierter Verhältniswahl, wie es bei der ersten Wahl zum Deutschen Bundestag

Literatur für Ihren Unterricht

Alles für einen lehrplangemäßen, spannenden und modernen Unterricht – 8 gute Gründe für die Kreative Ideenbörse im Abonnement:

1. regelmäßig neue und **sofort umsetzbare Unterrichtseinheiten** inkl. fertig ausgearbeiteter Materialien
2. print + digital – alle Beiträge zusätzlich **kostenlos als PDF- und veränderbare Word-Datei**
3. weitere **6 Gratis-Downloads** pro Jahr nach Wahl
4. viele **interaktive Materialien für den Einsatz an Whiteboards, PCs und Projektoren** inklusive
5. alle Unterrichtseinheiten **in der Praxis erfolgreich getestet**
6. urheberrechtlich abgesichert
7. Nutzung **auf dem Schulnetzwerk lizenzkostenfrei**
8. **20 % Ersparnis** gegenüber dem Einzelkauf sowie **40 % Rabatt** auf alle weiteren digitalen Unterrichtseinheiten



Mit der Kreativen Ideenbörse sparen Sie Zeit, Aufwand und Geld –
gleich Testheft anfordern unter www.olzog.de/schule.



Nikolaus Jakob
Gesehen, gelesen – geglaubt?
Broschur, 320 Seiten
ISBN 978-3-7892-8344-4
EUR 29,90



In modernen Gesellschaften sind die Massenmedien das bevorzugte und häufig auch das einzige Fenster zur Welt. Sie berichten über die Wirklichkeit „da draußen“ und ihre Berichte erwecken den Eindruck, als handle es sich bei der dargestellten Wirklichkeit um die Wirklichkeit selbst. Die Bevölkerung wiederum nimmt die Medienberichterstattung in vielen Fällen für bare Münze und vertraut darauf, durch die Medien angemessen informiert zu werden. Ist dieses Vertrauen indes gerechtfertigt? Sind die Medien überhaupt in der Lage und willens, die Realität entsprechend abzubilden?

Die Forschung zeigt, dass die Realitätsdarstellung der Medien oft nicht viel mit der Wirklichkeit zu tun hat. Sie ist vielmehr ein Ergebnis von Auswahl, Verkürzung, Gewichtung und Bewertung, das vielfältigen Konventionen unterliegt und eigenen Spielregeln folgt. Warum vertrauen Menschen in Medien, die in vielen Fällen verzerrte, stereotype oder gar fehlerhafte Bilder der Welt zeichnen? Und welche Konsequenzen für Individuum und Gesellschaft könnte ein solches Vertrauen in eine Medienwirklichkeit haben, der man eher mit einer gesunden Skepsis begegnen müsste?

Das Buch gibt Antworten auf diese Fragen und führt damit ein fundamentales Dilemma demokratischer Gesellschaften vor Augen.


im Jahr 1949 praktiziert wurde. Dabei würden die auf die Wahlkreiskandidaten entfallenden Stimmen gleichzeitig für die Landeslisten derjenigen Parteien gewertet, die die jeweiligen Bewerber nominiert haben. Sozusagen sicherheitshalber könnte man das Verhältnis der Direktmandate zu den Listenmandaten gleichzeitig auf 40:60 festsetzen, wie es 1949 ebenfalls schon der Fall war.

Damit wäre das Problem der Überhangmandate und der daraus resultierenden Ausgleichsmandate genauso vom Tisch wie das des inversen Stimmgewichts. In Übereinstimmung mit mehreren Kollegen habe ich bereits im Jahr 1998 einen entsprechenden Reformvorschlag unterbreitet. Mittlerweile mehren sich die Stimmen, die diesen Vorschlag unterstützen. Er entfaltet neben den gerade genannten Vorteilen weiteren Charme. Das Zwei-Stimmen-System wurde und wird ja traditionell bekanntlich mit der engen Wahlkreisbindung der Direktkandidaten verteidigt. Nun wissen wir aus den Nachwahlbefragungen seit langem, dass dem personalen Element für die Wahlentscheidung der weit überwiegenden Zahl der Wähler eine völlig nachgeordnete Bedeutung zukommt. Wer seine Stimmen gesplittet hat, tat dies in aller Regel, weil er sich als „Koalitionswähler“ verstand und nicht, weil er einem bestimmten Wahlkreiskandidaten zum Einzug in den Bundestag verhelfen wollte. Gerade deshalb gewinnt die Überlegung an Gewicht, dass man das Argument der Wahlkreisbindung auch umkehren und positiv auf das Ein-Stimmen-System beziehen kann. Dies deshalb, weil die Performanz der Kandidaten im Wahlkreis ja zusätzliche Bedeutung gewinnen würde, wenn Personen- und Parteiwahlen in eins fallen würden. Die Parteien müssten sich also verstärkt um „Basisbezug“ und überzeugendes politisches Personal auf Wahlkreisebene bemühen und viel mehr Wert als bisher darauf legen, gute Wahlkreiskandidaten zu nominieren. Kurz und in den Worten Hans Meyers: „Die Abschaffung der Zweitstimme würde zu einer stärkeren Personalisierung der Wahl führen. Es wäre zudem eine Aufwertung der regionalen Parteiorganisationen, die die Kandidaten aufstellen.“

In Fragen der Wahlsystemreform ist Sensibilität angezeigt. Radikale Systemwechsel können delegitimierend wirken. Dennoch lautet mein Fazit: Nach der Reform könnte und sollte vor der Reform sein. In der Summe hätten die Wähler, auch wenn man ihnen mit der Zweitstimme etwas wegnähme, mit der Rückkehr zum Einstimmensystem personalisierter Verhältniswahl doch viel gewonnen: Ein Wahlsystem, bei dem sie wissen, was mit ihren Stimmen geschieht, das die Gleichheit der Wahl gewährleistet und Absurditäten wie das negative Stimmgewicht vermeidet. Dabei blieben die unbestreitbaren Vorzüge der personalisierten Verhältniswahl bewahrt. Sie bestehen darin, dass man den Funktionsanforderungen der Repräsentation, Konzentration und Partizipation gleichzeitig gerecht werden kann. Damit fände dann auch die kulturelle Pfadabhängigkeit der Legitimation gebührende Beachtung, denn mit der Bewahrung des Proportionalitätsgedankens würde dem Gerechtigkeitsempfinden der Wählerschaft Rechnung getragen.

(Anm. d. Red.: Der Autor ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen / Nürnberg. E-Mail: heinrich.pehle@fau.de. Der vollständige Vortragstext ist im Internet nachzulesen unter <http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/index.php?id=1350> > Zum Material aus den Tagungen 2013 > Passwort: akademie-material).

* * * * *



Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 48–49/2013)

Bundestagswahl 2013

„Zwei Monate nach der Bundestagswahl: Der 18. Deutsche Bundestag hat sich konstituiert, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ohne die FDP; eine Regierung aber ist noch nicht gebildet, keine Kanzlerin oder Kanzler gewählt. Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD dauern an, der Ausgang ist offen“ (so der aktuelle Stand bei der Drucklegung dieser APuZ-Ausgabe).

Herausgeber: bpb, 56 Seiten, Erscheinungsdatum: 25.11.2013, Erscheinungsort: Bonn, Bestellnummer: 7348

Fächerübergreifende Eignung

Diercke Drei



NEU: Diercke Drei Unterrichtsideen

Universalatlas inkl. Arbeitsheft mit Diercke-Reisepaß
ISBN: 978-3-14-100770-1

21,95 €

60 Deutschland – staatlicher Wandel 1815 bis 1942

1 Deutscher Bund 1815

2 Deutsches Kaiserreich 1871

3 Weimarer Republik 1932

4 Nationalsozialistisches Deutschland 1942

www.diercke.de

DEUTSCHLAND

Preisstand: 01.01.2014

D3-1.2014

westermann

The complex block contains four historical maps of Germany from 1815 to 1942. Map 1 (1815) shows the German Confederation with various states and their borders. Map 2 (1871) shows the German Empire with its expansion. Map 3 (1932) shows the Weimar Republic with its borders and the location of the Weimar Republic. Map 4 (1942) shows Nazi Germany with its territorial acquisitions. Each map includes a legend, a scale bar, and a title. The block also features the website 'www.diercke.de', the publisher 'westermann', and a vertical label 'DEUTSCHLAND' on the right side. A price tag 'Preisstand: 01.01.2014' and a code 'D3-1.2014' are also present.

Thomas Petersen, Allensbach



Gespaltene Demokratie - Die Wählerschaft nach den Wahlen im Bund und in Bayern



Was interessiert die Bürger heutzutage? Worüber tauschen sie sich aus? Wie ist die Grundstimmung im Volk? Warum sinkt die Wahlbeteiligung?

Diese Fragen beantwortete Dr. Thomas Petersen, Leiter für Meinungsforschung am Institut für Demoskopie in Allensbach in seinem Vortrag „Gespaltene Demokratie? Die Wählerschaft nach den Wahlen im Bund und in Bayern“. Auf der Tagung „Wahlen – Jugend – Medien“ am 23. November 2013 gab er einen Überblick über den Zustand der politischen Landschaft in Deutschland und seiner Demokratie.

Petersen zeigte im Bezug zu den vorausgehend aufgegriffenen Fragen eine Diskrepanz zwischen der Berichterstattung in den Medien und der Grundstimmung im Volk auf („Gespaltene Demokratie!“). Er legte dar, dass die Berichterstattung der Medien über die Regierungspolitik überwiegend negativ ausgefallen ist. Bei genauerer Betrachtung, so stellte Petersen jedoch fest, fand dieser Eindruck keine Bestätigung im Denken und in der Stimmung der Bevölkerung. In mehreren repräsentativen Umfragen des IFD zeigte sich eine allgemein positive Grundeinstellung gegenüber der Regierung und der Politik. Ein Regierungswechsel war nach überwiegender Meinung nicht erwünscht. Wie auch schon den Statistiken des ZDF-Politbarometers zu entnehmen war, herrschte auch über

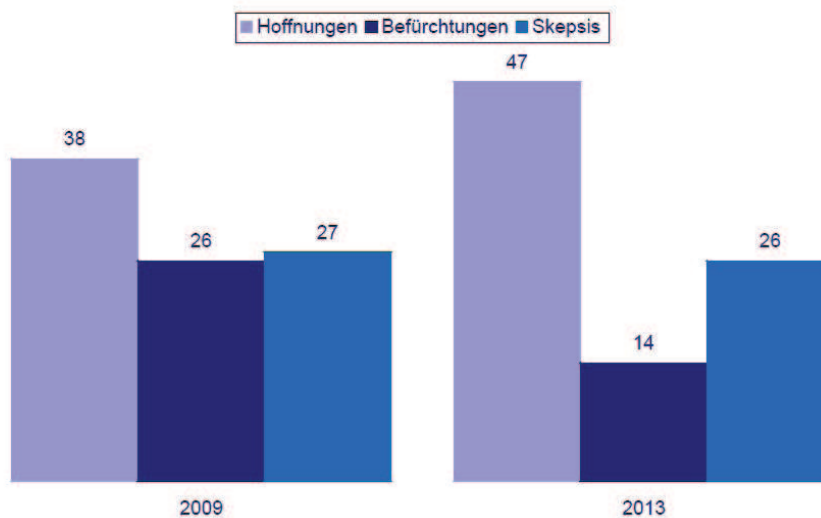


Angela Merkel als Bundeskanzlerin ein positives Meinungsbild. Auf die Frage „Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“ blickten im Jahr 2009 laut einer Umfrage des IFD

38% hoffnungsvoll in die Zukunft. Diese Zahl ist 2013 auf 47% angestiegen. Die Befürchtungen sind von 26% auf 14% gesunken. Gleichzeitig blieb die Zahl der Skeptiker unverändert bei 26% (s. Schaubild 1 „Optimismus 2009 und 2013“). Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass es keine Wechselstimmung in der Bundesrepublik Deutschland gab. Der Referent sah hierin eine allgemeine Zufriedenheit der Bevölkerung mit

Optimismus 2009 und 2013

Frage: Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?“



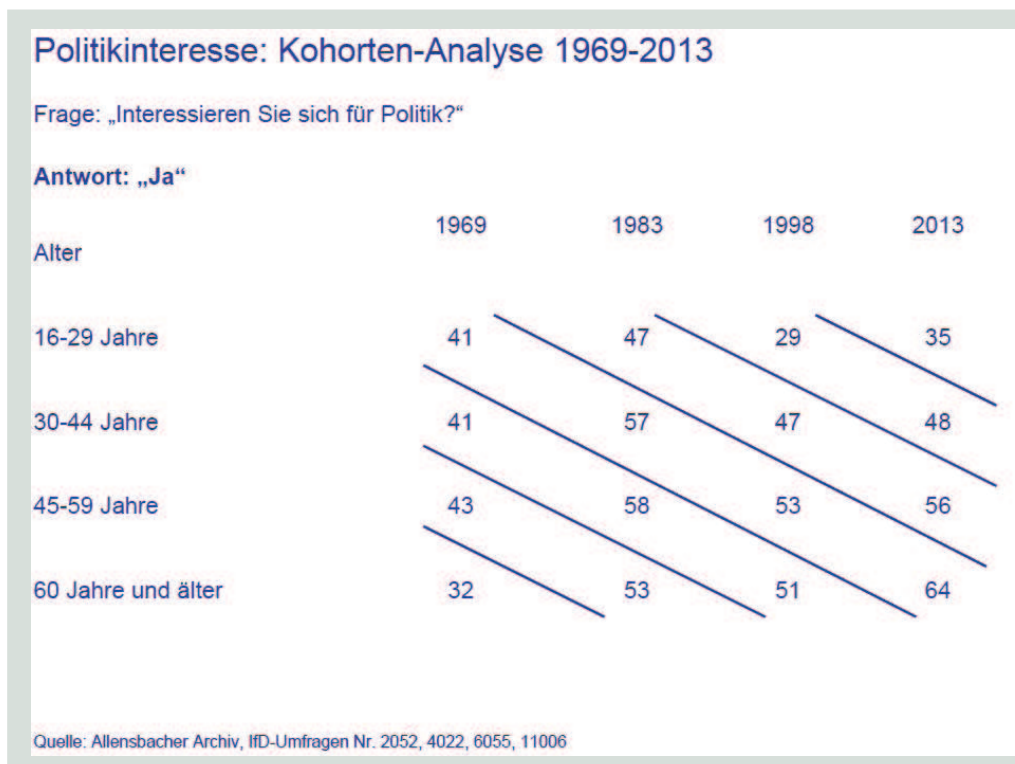
Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfragen Nr. 10040, 11012

der Regierungspolitik. Das Volk vertraut auf die politische Ordnung. Der Referent deutete dies als „Zeichen für die Reifung einer Demokratie“. Die Gesellschaft lässt sich als „participate-political-culture“ einstufen, welche die demokratischen Prinzipien verinnerlicht und an der politischen Kultur rege teilnimmt. (s. *Schaubild „Keine Wechselstimmung“*)

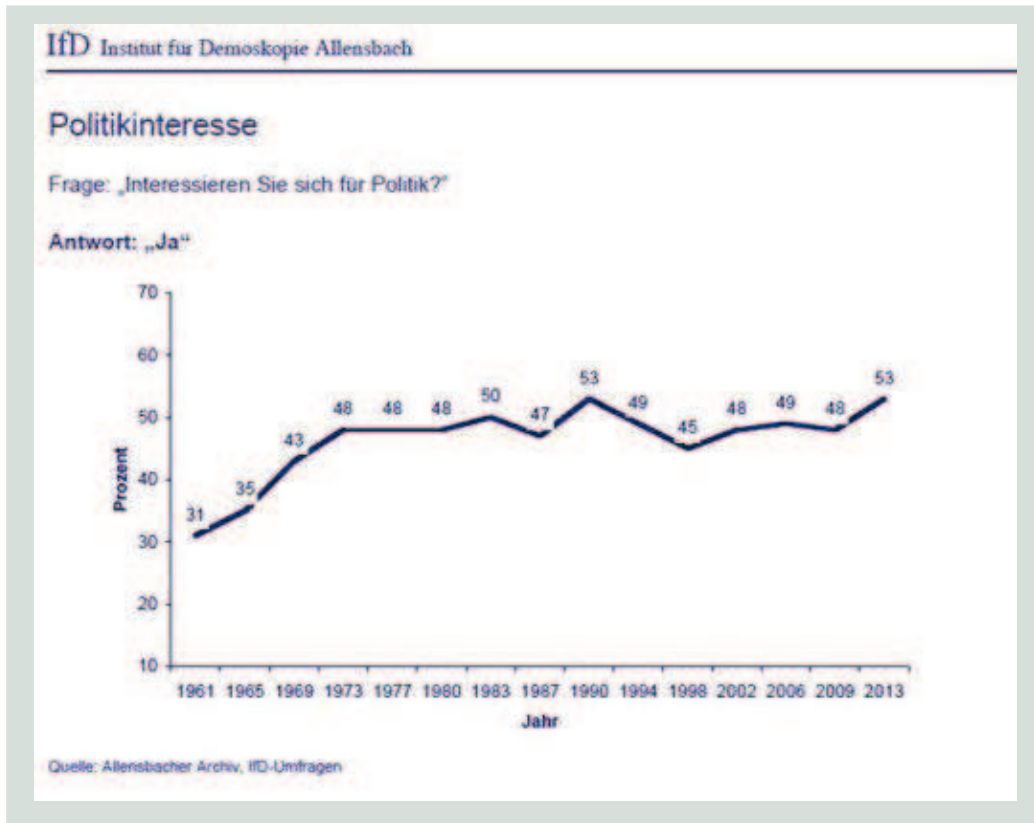
Laut Petersen sind „Jüngere [...] weniger politisiert, aber gleichermaßen interessiert“. Seine Aussage stützt er auf die Interpretation einer Kohorten-Analyse, die von 1969 bis 2013 regelmäßig erhoben wurde. (s. *Schaubild „Kohorten-Analyse“*) Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Kinder und Enkel der historisch traumatisierten Generation nach dem zweiten Weltkrieg durch starke politische Partizipation auszeichnen und damit zu einer stabilen Demokratie beitragen. Dieses Engagement rührt von den Erlebnissen ihrer Vorfahren bezüglich der damaligen politischen Umstände her. Aufgrund der zeitlichen Distanz sehen die nachfolgenden Generationen die Dringlichkeit der politischen Aktivitäten aus einer anderen Perspektive. Die aufgrund des Alters steigende Morbidität dieser Kohorte führt dazu, dass das durchschnittliche Politikinteresse zurückgeht. Dieser Prozess kann nach Petersen nicht als mangelhafte Wahl-



beteiligung oder Politikverdrossenheit bewertet werden. Vielmehr ist dies als ein Vorgang der Normalisierung anzusehen. Denn festzuhalten sei ein relativ hohes Politikinteresse in der Bevölkerung. Allerdings geht das allgemeine Interesse an der Bundestagswahl stark zurück (s. *Schaubilder „Politikinteresse“ und „Interesse an der Bundestagswahl“*). Die Interpretation des Referenten, dass



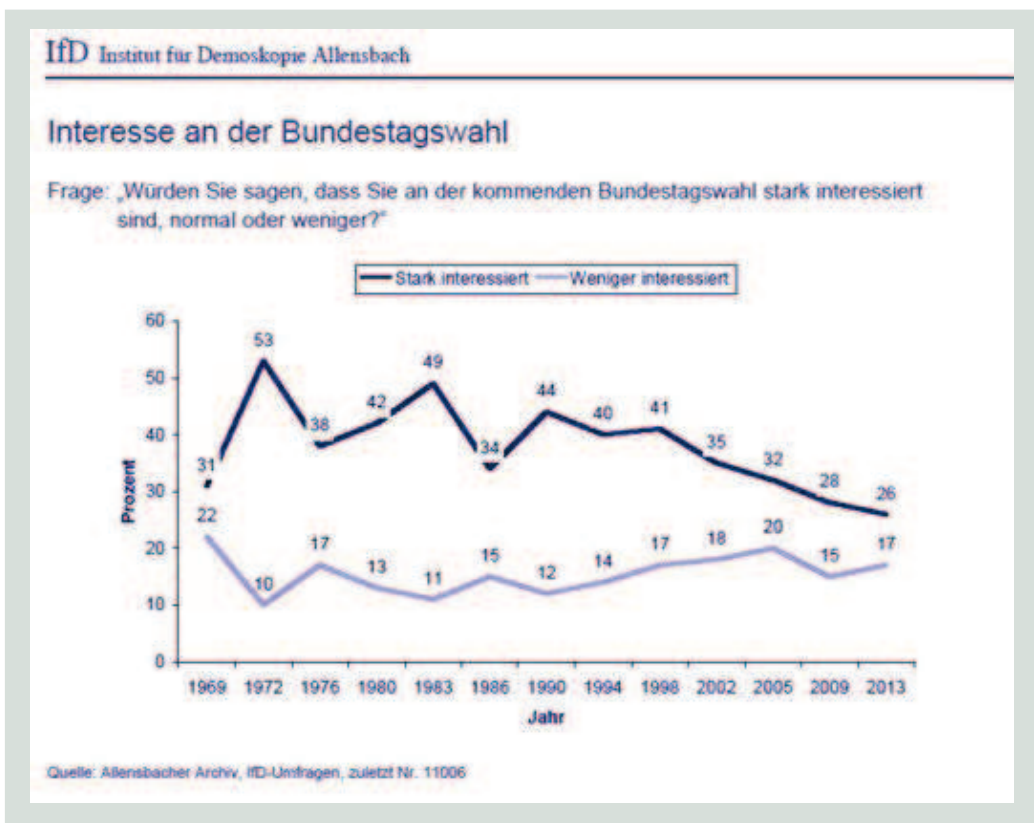
Die Interpretation des Referenten, dass



die sinkende Wahlbeteiligung auf die Zufriedenheit der Bürger mit der Regierungsarbeit und auf die eingangs erwähnte optimistische Grundhaltung schließen lasse, führte zu einer kontroversen Diskussion. Dabei wurde auf die in der Pluralismustheorie verankerte Position hingewiesen, wonach der Rückgang der Wahlbeteiligung möglicherweise auch als Resignation zu werten sei. Allerdings lässt die sinkende Wahlbeteiligung nicht auf ein zurückge-

gangenes Politikinteresse schließen. Diese Feststellung wird belegt, durch das Umfrageergebnis zu der Frage „Interessieren Sie sich für Politik?“. Hier ist eine stabile Entwicklung konstaterbar, die für das Jahr 2013 einen positiven Anteil von 53 % aufweist. Im Gegenteil: Nach Petersen wird durch den Wahlkampf sogar eine Senkung der Parteienverdrossenheit erreicht.

Dass der Wahlkampf 2013 wenig aufregend war, belegte der Referent mit den Umfragen vom August 2013, wonach die Bundestagswahl in ihrer Bedeutung erst an 9. Stelle rangierte und nach Meinung der Bevölkerung von einer „Schicksalswahl“ keine Rede sein konnte (s. *Schaubilder „Gesprächsthemen im August“ und „Eine Schicksalswahl?“*, S.15).



Auch im Kandidatenprofil lag Angela

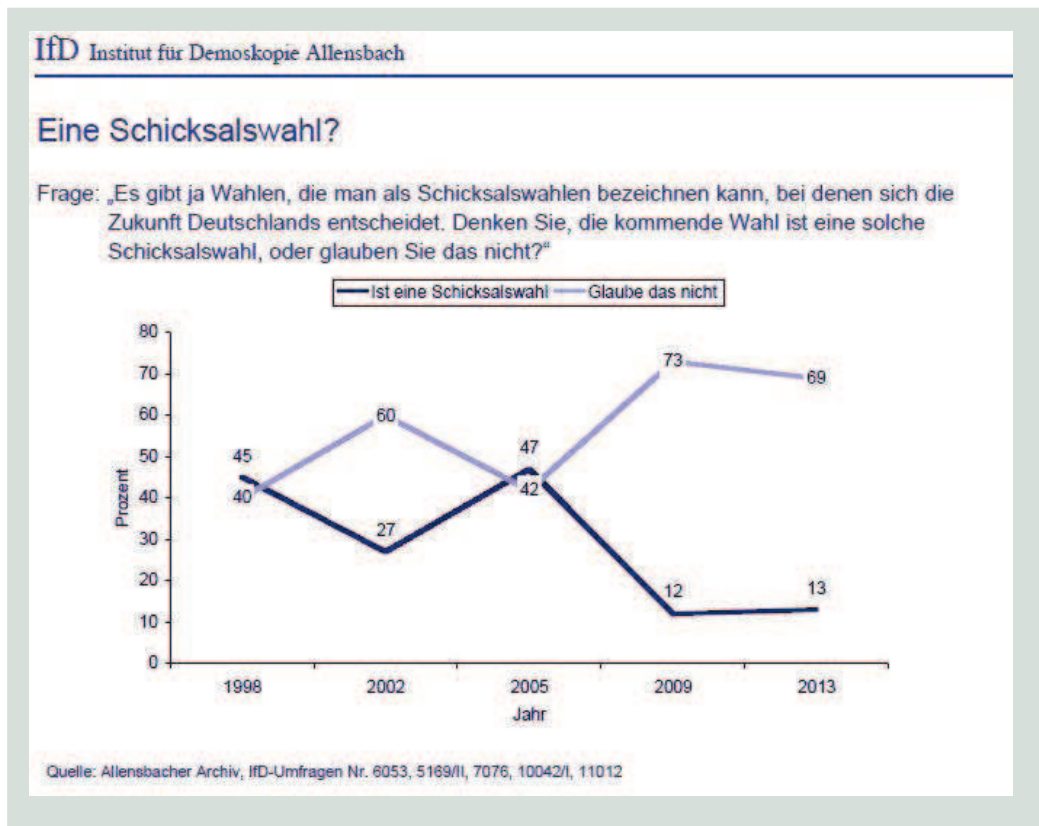
Merkel eindeutig vor ihrem Herausforderer Peer Steinbrück (s. *Schaubild „Kandidatenprofile 2013“*, S.16).

Und was die Zufriedenheit mit der Demokratie angeht, ist sie (vor allem in den neuen Bundesländern) im Aufwind, obwohl das Gefühl von Ungerechtigkeit aufgrund der zunehmenden Schere zwischen Arm und Reich dramatisch gestiegen ist (s. Schaubild „Wachsendes Gefühl von Ungerechtigkeit“, S.16).

Am Ende seines Vortrags ging der Referent auf die schwerwiegendsten Veränderungen im Hinblick auf die neue Regierungsbildung und die momentan vorherrschende politische Landschaft



in Deutschland ein. Anhand des Bundestagswahlergebnisses der FDP könnte man den Eindruck haben, dass die Bevölkerung dem Liberalismus den Rücken zugekehrt habe.

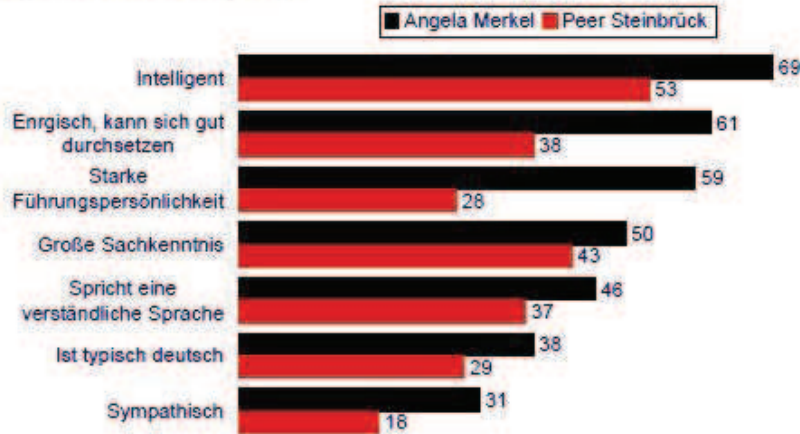


Bei einer Befragung von Bürgern, die sich selbst als liberal empfinden, zeigte sich folgender Sachverhalt: Themen, die sie selber als wichtig empfinden, decken sich nicht mit dem Grundgedanken des Liberalismus. Dies zeigt, dass eine „Begriffsverwirrung“ zum Verständnis des Liberalismus in der Bevölkerung vorliegt.

Deshalb ist die Frage zu stellen: „Was ist überhaupt liberal bzw. was ist die politische Welt derer, die sich als liberal bezeichnen?“ (s. Schaubilder „Viele Ziele“ und „Brauchen wir die FDP?“, S.17)

Kandidatenprofile 2013

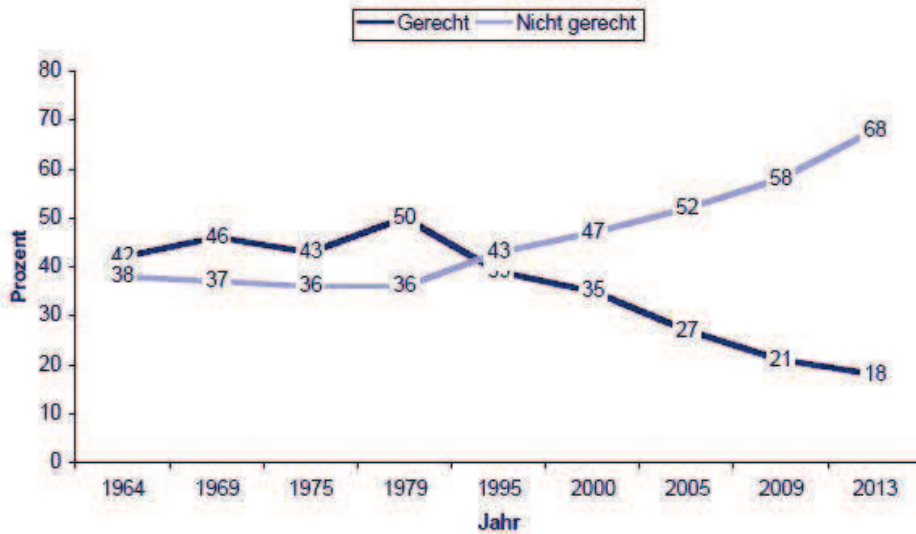
Frage: „Eine Frage zu Angela Merkel / zu SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück: Ich habe hier Karten mit Eigenschaften. Könnten Sie die einmal durchsehen und mir alle Karten herauslegen, wo Sie sagen würden, das trifft auf Angela Merkel / Peer Steinbrück zu?“ (Vorlage eines Kartenspiels)



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 11012

Wachsendes Gefühl von Ungerechtigkeit

Frage: „Wie sehen Sie das: Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland - ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen - im Großen und Ganzen gerecht oder nicht gerecht?“

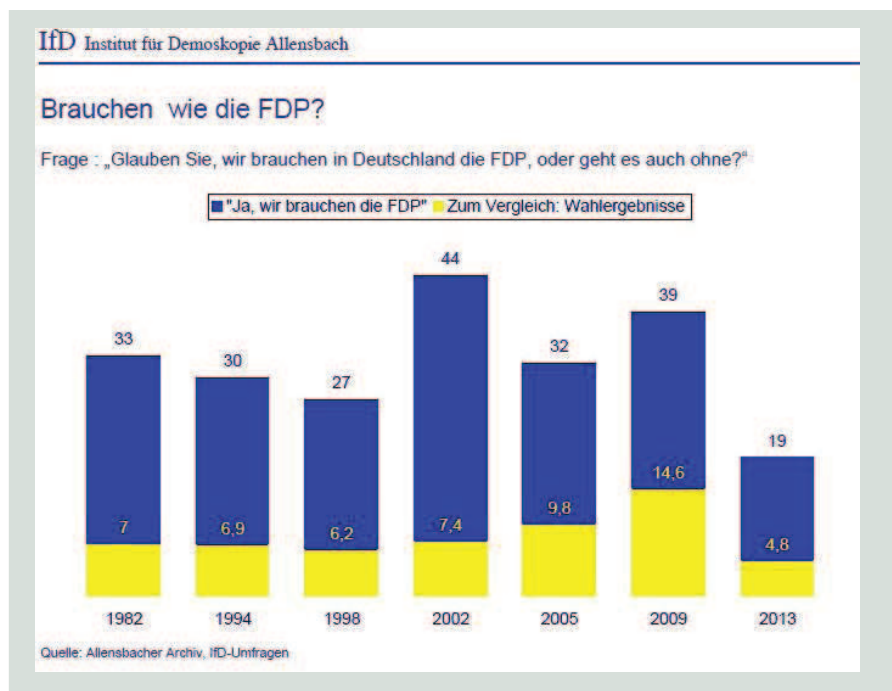


Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 1092, 2052, 3112, 3064, 6017, 6087, 7076, 10048, 11006



Zusammenfassend wurde folgendes festgehalten: Obwohl Veränderungen in der Parteienlandschaft stattfinden, obwohl die Wahlbeteiligung zurückgeht und obwohl eine negative mediale Berichterstattung zu verzeichnen ist, herrscht eine ruhige Atmosphäre und ein Zustand der Zufriedenheit.

(Zusammenfassung: Nicola Schwald, Anja Klenke, Catharina Wilms, Ann-Sophie Kossack, Anja Konold, Tanja Riego, Stefanie Hampl (Studierende der FAU Erlangen-Nürnberg) und Hannes S. Macher / Redaktion FPU)



(Anm. d. Red.: PD Dr. Thomas Petersen ist stellvertretender Leiter des Instituts für Demoskopie Allensbach. Email: petersen@ifd-allensbach.de. Die in seinem Vortrag verwendeten 55 Grafiken und Schaubilder sind auf der Homepage der Akademie für Politische Bildung Tutzing zu finden. Link: <http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/index.php?id=1350> > Zum Material aus den Tagungen 2013 > Passwort: akademiematerial.)

Michael Schröder, Tutzing

Generation Facebook? Jugend, Internet und Politik

Der Unkenrufe sind viele: „Die Jugend interessiert sich nicht mehr für Politik. Mit denen ist kein Staat zu machen. Die haben nur noch Internet und Facebook im Kopf.“ Falsch. Die empirischen Daten sprechen eine andere Sprache. Und vielleicht kann die Beschäftigung mit dem Internet und die Kommunikation in sozialen Netzwerken ja sogar das Interesse für Politik und die Kenntnis über politische Prozesse steigern? Ja, vielleicht sogar die Bereitschaft zu Engagement und Partizipation erhöhen? Zunächst am Beginn eine gute Nachricht: Das politische Interesse junger Menschen in Bayern, also der 17- bis 29-Jährigen nimmt wieder zu: 36 Prozent zeigen sich stark oder sehr stark interessiert. 2010 waren es nur 25 Prozent. Demgegenüber ist die Zufriedenheit mit der Demokratie auf relativ niedrigem Niveau konstant geblieben. Immerhin ist eine Mehrheit von 56 Prozent einigermaßen zufrieden, nur 9 Prozent sind sehr zufrieden und knapp ein Drittel (32 Prozent) ist mit dem Zustand unserer Demokratie nicht zufrieden. Was ja an sich noch kein schlechtes Ergebnis ist. Denn Unzufriedene können ja tendenziell den Willen und den Wunsch nach Veränderung in sich tragen – was ja durchaus wünschenswert ist angesichts der zahlreichen Herausforderungen in Politik, Staat und Gesellschaft. Man denke nur an den Klimawandel, die Energiewende und die Demographie-Falle. Selbst der bayerische Ministerpräsident sorgt sich ja um den Zustand der parlamentarischen Demokratie, wenn er bei den Koalitionsverhandlungen auf den Einbau direktdemokratischer Elemente ins Grundgesetz drängt.



„Overnewsed – but underinformed“

Durch die revolutionären Veränderungen in der Medienlandschaft durch die digitalen und Online-Medien sind die Möglichkeiten, sich über Politik zu informieren, stark angestiegen. Ungeachtet dessen hat aber das subjektive Gefühl eines guten Informationsstandes abgenommen. Zunehmende Medien- und Meinungsvielfalt

Tab. 2 Internetnutzer in Deutschland 1997 bis 2013
mindestens gelegentliche Nutzung, in %

	1997	2000	2003	2006	2009	2010	2011	2012	2013
Gesamt	6,5	28,6	53,5	59,5	67,1	69,4	73,3	75,9	77,2
Männer	10,0	36,6	62,6	67,3	74,5	75,5	78,3	81,5	83,5
Frauen	3,3	21,3	45,2	52,4	60,1	63,5	68,5	70,5	71,1
14-19 J.	6,3	48,5	92,1	97,3	97,5	100,0	100,0	100,0	100,0
20-29 J.	13,0	54,6	81,9	87,3	95,2	98,4	98,2	98,6	97,5
30-39 J.	12,4	41,1	73,1	80,6	89,4	89,9	94,4	97,6	95,5
40-49 J.	7,7	32,2	67,4	72,0	80,2	81,9	90,7	89,4	88,9
50-59 J.	3,0	22,1	48,8	60,0	67,4	68,9	69,1	76,8	82,7
ab 60 J.	0,2	4,4	13,3	20,3	27,1	28,2	34,5	39,2	42,9
in Ausbildung	15,1	58,5	91,6	98,6	98,0	100,0	100,0	100,0	100,0
berufstätig	9,1	38,4	69,6	74,0	82,3	82,4	87,0	90,7	89,6
Rentner/nicht berufstätig	0,5	6,8	21,3	28,3	34,7	36,4	45,0	44,7	50,2

Basis: Bis 2009: Deutsche ab 14 Jahren in Deutschland (2009: n=1 806, 2006: n=1 820, 2003: n=1 955, 2000: n=3 514, 1997: n=15 431).

Ab 2010: Deutschspr. Bevölkerung ab 14 Jahren (2013: n=1 800, 2012: n=1 800, 2011: n=1 800, 2010: n=1 804).

Quelle: ARD-Onlinestudie 1997, ARD/ZDF-Onlinestudien 1998-2013.

führen nicht automatisch zu besserer Information. „Overnewsed – but underinformed“ – so bezeichnen Kommunikationsforscher diesen Zustand. Die Ursache dafür liegt in der zunehmenden Komplexität der Themen und Politikgebiete. Wer häufiger im Internet unterwegs ist und Online-Medien überdurchschnittlich nutzt, neigt allerdings stärker zu einem Gefühl besserer Informiertheit. Diese Gruppe netz-affiner junger Menschen – die sogenannten *digital natives* – kennt offenkundig die neuen Möglichkeiten und Kanäle besser und nutzt sie auch entsprechend kompetent und intensiver.

Eine mögliche Konsequenz aus diesen ersten Befunden muss daher lauten: Die in der politischen Bildung Tätigen wie auch die öffentlich-rechtlichen Medien sollten das Netz stärker nutzen, um kurze und prägnante Hintergrundinformationen zu aktuellen Politikthemen im Netz bereit zu stellen.

28 Stunden Internet pro Woche

Die heutige Jugend ist online. Die 14- bis 29-Jährigen nutzen zu knapp 100 Prozent das Internet. Davon ist etwa die Hälfte auch mit mobilen Geräten im Netz unterwegs – Tendenz steigend. Diese Altersgruppe nutzt täglich knapp vier Stunden lang Angebote im Internet. Und das an sieben Tagen in der Woche, insgesamt also rund 28 Stunden pro Woche. Eine Ausnahme machen bayerische Jugendliche: Hier bringen sie es auf nur 20 Stunden Internetnutzung pro Woche. Aber immerhin werden rund zehn Prozent – also zwei Stunden – davon für die Beschäftigung mit politischen Themen aufgewendet.

Aber machen wir uns nichts vor: Ein Fünftel der bayerischen Jugendlichen zwischen 14 und 29 Jahren ist für

Tab. 6 Durchschnittliche Verweildauer bei der Onlinenutzung 2003 bis 2013 in Min./Tag											
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Gesamt	138	129	123	119	118	120	136	136	137	133	169
Frauen	110	102	108	93	102	101	122	115	123	118	163
Männer	161	149	134	139	133	137	148	154	150	147	174
14-29 J.	162	168	152	150	155	159	180	157	168	168	237
30-49 J.	140	115	123	116	112	115	130	134	138	132	168
ab 50 J.	98	95	82	89	88	84	97	115	103	105	116

Basis: Bis 2009: Deutsche Onlinenutzer ab 14 Jahren (2009: n=1 212, 2008: n=1 186, 2007: n=1 142, 2006: n=1 084, 2005: n=1 075, 2004: n=1 002, 2003: n=1 046). Ab 2010: Deutschspr. Onlinenutzer ab 14 Jahren (2013: n=1 389, 2012: n=1 366, 2011: n=1 319, 2010: n=1 252).

Quelle: ARD/ZDF-Onlinestudien 2003-2013.

politische Themen überhaupt nicht ansprechbar. Gerade bei intensiven Online-Nutzern hat die Politik einen vergleichsweise geringeren Stellenwert. Durchschnittliche Nutzer sind wohl am ehesten für Politik ansprechbar, Wenig- und Vielnutzer dagegen deutlich weniger.

Wichtigstes Medium für die Jugend

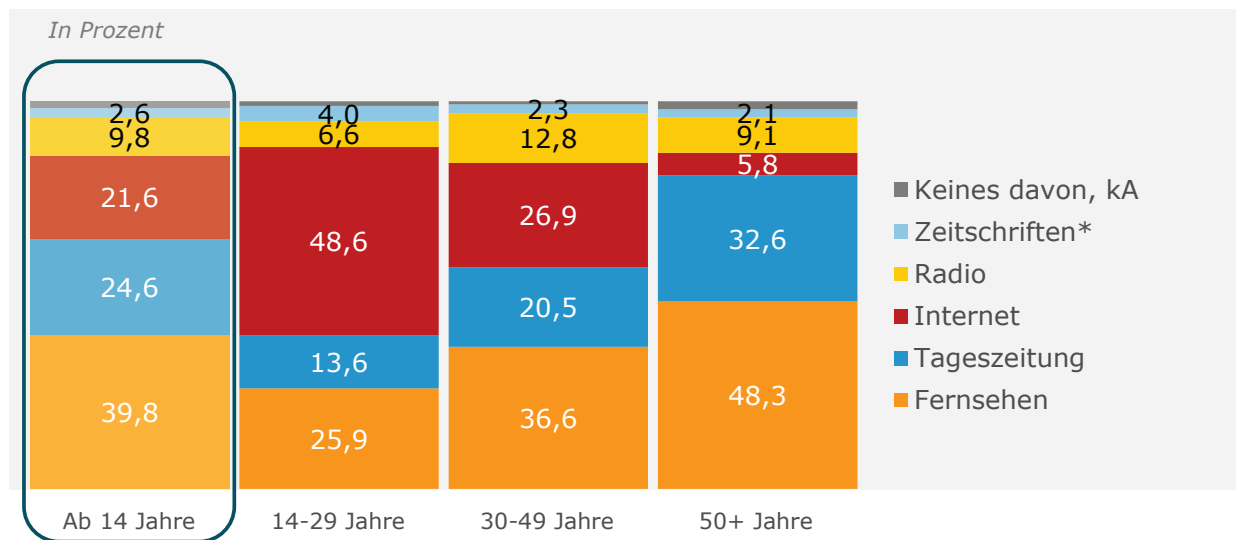
Inzwischen ist das Internet mit 49 Prozent bei den 14- bis 29-Jährigen mit Abstand das wichtigste Medium zur Informationsgewinnung, gefolgt vom Fernsehen mit 26 Prozent. Und das Internet hat mit 35 Prozent bei den formal höher Gebildeten (mit Hochschulreife) mittlerweile das Fernsehen als wichtigstes Informationsmedium abgelöst (25 Prozent).

Die klassischen und traditionellen Offline-Informationsquellen wie Radio, Fernsehen und Zeitungen werden zwar immer noch von einer Mehrheit der Jugendlichen zumindest gelegentlich genutzt: Die Nutzungszeit des Fernsehens beträgt bei dieser Altersgruppe noch 134 Minuten täglich (im Durchschnitt sind es 222 Minuten). Das Radio nutzen sie 143 Minuten am Tag und die Tageszeitung nur noch 10 Minuten. Alle diese traditionellen Offline-Medien sind bei Jugendlichen auf dem Rückzug. Angesagt ist die mobile und vor allem zeitversetzte Nutzung. Dafür bietet das Internet alle Möglichkeiten wie Mediatheken, Apps und Podcasts.

Deswegen liegt das Internet bei dieser Altersgruppe auch mit 237 Minuten täglicher durchschnittlicher Nutzungsdauer weit vorn an der Spitze der täglichen Mediennutzung. Aber die Ergebnisse empirischer Medienforschung belegen auch: Wer mehr und länger im Netz unterwegs ist, informiert sich auch stärker über traditionelle Medien. Eine erhöhte Aktivität im Netz führt nicht zur Verminderung oder gar Aufgabe traditioneller Formen.

Wichtigstes Informationsmedium – nach Alter

Internet: Für rund die Hälfte der 14-29-Jährigen *das* Informationsmedium. Übernimmt das Internet in Zukunft die Rolle der anderen?



*Kategorie umfasst Zeitschriften / Nachrichtenmagazine oder Wochenzeitungen
 Frage: Wenn Sie sich über das Zeitgeschehen in Politik, Wirtschaft und Kultur aus Deutschland und aller Welt informieren wollen. Welches Medium ist Ihnen da am wichtigsten?
 Basis: Alle Befragte (n=3.050; 70,214 Mio. Personen ab 14 Jahre); 14-29 Jahre (n=476; 14,730 Mio.); 30-49 Jahre (n=1.075; 22,863 Mio.); 50+ Jahre (n=1.479; 32,092 Mio.)

Große Vorbehalte gibt es dagegen bei der Nutzung und Verwendung von Materialien aus Parteien oder Regierung zur politischen Informationsgewinnung. Sie kommen fast überhaupt nicht in Betracht, weil sie als einseitige Propaganda eingestuft werden.

Online und offline bespielen

In Verbindung mit den neuen, digitalen Möglichkeiten der Information, Kommunikation und Partizipation im Internet werden im Hinblick auf politische Informationen online vor allem Nachrichten und andere Beiträge zur Politik gelesen, während Videos, Podcasts oder die Websites von Parteien, Politikern oder Regierungen kaum genutzt werden. Während Weblogs oder der Download von Informationsmaterial noch teils genutzt werden, kommen Twitter-Nachrichten hingegen überwiegend kaum in Frage. Auch Kommunikation und Partizipation im Internet zu politischen Themen werden überwiegend nur sporadisch oder gar nicht praktiziert. Wenn also junge Leute von politischen Themen angesprochen und von ihnen erreicht werden sollen, ist es weiterhin nötig, beide Kanäle – online und offline – gleichberechtigt zu bespielen.

Relativ leicht verfügbare Offline-Informationen und die persönliche Kommunikation spielen bei der Beschäftigung mit politischen Themen eine sehr viel größere Rolle als online-Medien. Noch seltener werden Twitter oder Podcasts genutzt.

Jugendliche nehmen gleichermaßen die Vor- und Nachteile der online-Medien wahr. Unter Ihnen herrscht beileibe keine Internet-Euphorie. Das Internet löst die traditionellen Formen der Kommunikation nicht ab, sondern es ergänzt sie.

Social Media eher privat

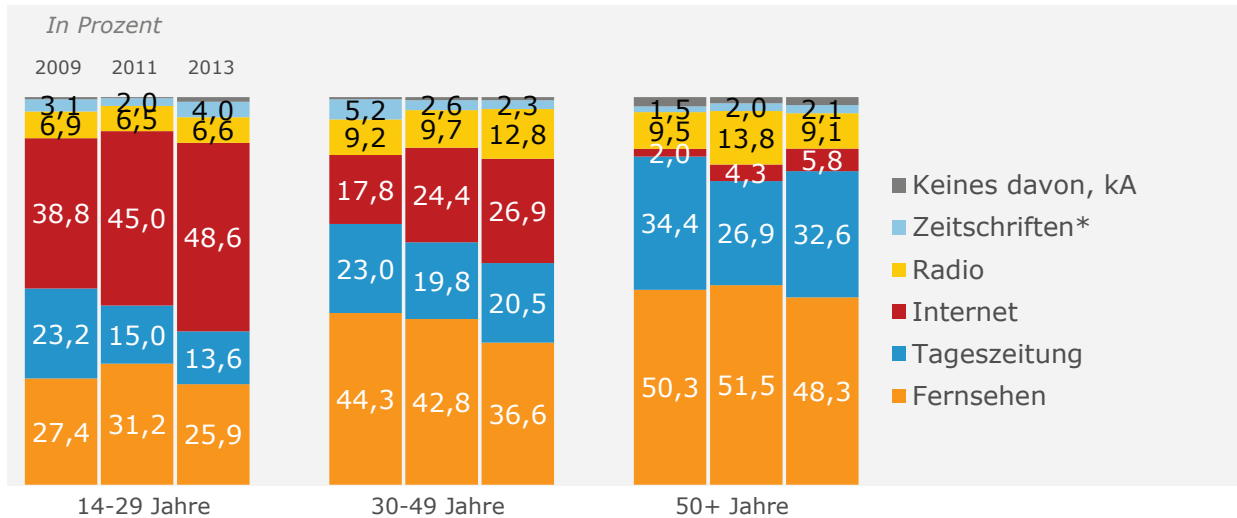
Im Zusammenhang mit jugendlicher Internet-Kommunikation werden immer wieder auch die sozialen Netzwerke (Social Media) ins Spiel gebracht. Rund 25 Millionen Personen bzw. 46 Prozent aller Onliner ab 14 Jahren nutzen im Jahr 2013 soziale Netzwerke, 89 Prozent davon sind bei Facebook aktiv. Bei den bis 29-Jährigen liegt die tägliche Reichweite dieser Kommunikationsplattformen bei 75 Prozent. Im Fokus der Nutzung stehen vor allem Privates und Unterhaltung. Aber immerhin rund 20 Prozent suchen dort auch tagesaktuelle Informationen.

Auf deutlich geringerem Niveau, aber stark wachsend, positioniert sich der Kurznachrichtendienst Twitter.

140 Zeichen müssen genügen für den, der hier eine Nachricht absetzen und verbreiten will. Nur ein knappes Drittel der Nutzer dieses Dienstes setzt allerdings selbst Meldungen, die sogenannten Tweets ab, der Rest bleibt passiv.

Wichtigstes Informationsmedium – nach Alter

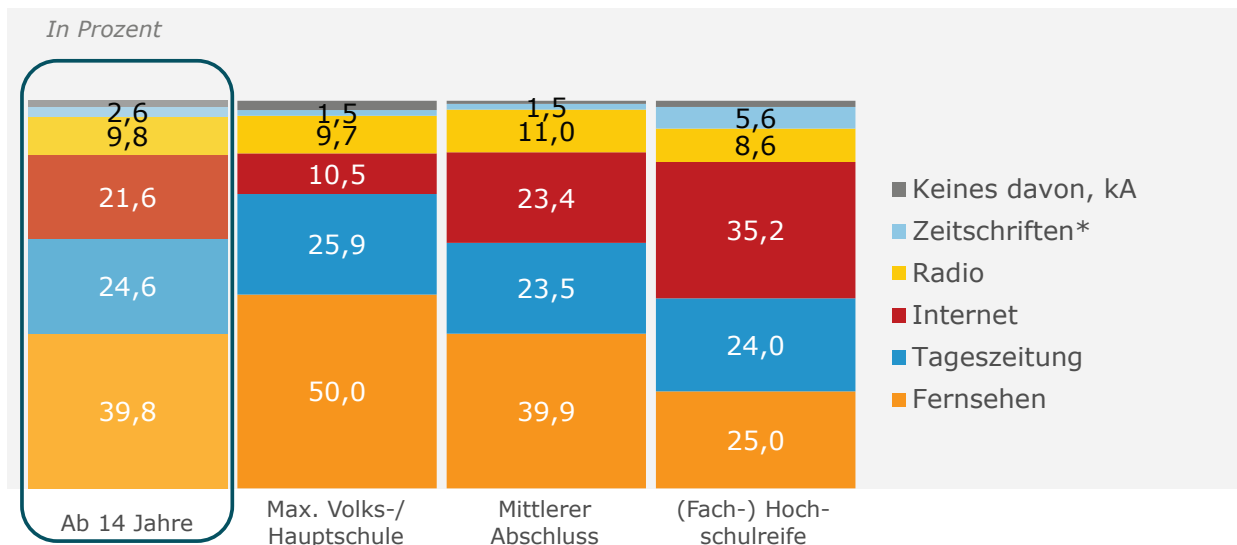
In allen Altersgruppen gewinnt das Internet, Fernsehen verliert. Radio bei 30-49-Jährigen, Tageszeitung bei 50+ aktuell etwas stärker.



*Kategorie umfasst Zeitschriften / Nachrichtenmagazine oder Wochenzeitungen
 Frage: Wenn Sie sich über das Zeitgeschehen in Politik, Wirtschaft und Kultur aus Deutschland und aller Welt informieren wollen. Welches Medium ist Ihnen da am wichtigsten?
 Basis: Alle Befragte (n=3.050; 70,214 Mio. Personen ab 14 Jahre); 2011: 3.076 Befragte; 2009: 2.000 Befragte

Wichtigstes Informationsmedium – nach Bildung

Stärkster Effekt bei Bildung und TV sowie Internet. Internet zudem wichtigstes Medium bei den am höchsten Gebildeten.



*Kategorie umfasst Zeitschriften / Nachrichtenmagazine oder Wochenzeitungen
 Frage: Wenn Sie sich über das Zeitgeschehen in Politik, Wirtschaft und Kultur aus Deutschland und aller Welt informieren wollen. Welches Medium ist Ihnen da am wichtigsten?
 Basis: Alle Befragte (n=3.050; 70,214 Mio. Personen ab 14 Jahre); Max. VS/HS (n=589; 26,706 Mio.); Mittlerer Bildungsabschluss (n=1.039; 23,760 Mio.); (Fach-)Hochschulreife (n=1.388; 18,312 Mio.)

(Anm. d. Red.: Dr. Michael Schröder ist Dozent an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und 2. Vorsitzender des LV Bayern der DVPB. E-Mail: m.schroeder@apb-tutzing.de)

Quellen:

- Jugend, Internet und Politik in Bayern, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, München 2013 (Studie der GMS Dr. Jung Hamburg)
- Thomas Petersen / Dominik Hierlemann / Robert B. Vehrkamp / Christopher Wratil: Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013. Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh 2013
- BLM-Studie: Relevanz der Medien für die Meinungsbildung, München 2013
- Forsa: Wähler und Nichtwähler zu Beginn des Wahljahres 2013 in Deutschland. Berlin Februar 2013
- Birgit van Eimeren / Beate Frees: Rasanter Anstieg des Interntkonsums (ARD/ZDF-Online-Studie 2013), in: Media Perspektiven 7-8/2013, S. 358 - 372
- Themenheft Jugend und Politik, in: Impulse 3/13, hrsg. vom Deutschen Jugendinstitut (DJI), München 2013

* * * * *

Video-Clips für den gesellschafts- wissenschaftlichen Unterricht

Der Cornelsen Verlag stellt ab sofort den Lehrkräften unter <http://www.cornelsen.de/einfach-erklart> kostenlos Video-Clips aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zur Verfügung. „Hier werden schwierig zu vermittelnde Sachverhalte leicht und verständlich präsentiert“ (verspricht der Schulbuch Verlag). „Die kurzen Erklär-Videos“ (entwickelt in Zusammenarbeit mit Jörg Peter Müller von der Explainity GmbH in Lüneburg) „eignen sich hervorragend als Einstieg in ein komplexes Unterrichtsthema. In wenigen Minuten erhalten Schüler einen Überblick zu zentralen Aspekten des Themas.“

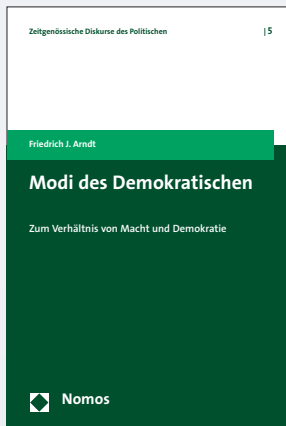
Zu allen Video-Clips, bisher „Gesetzgebung“, „Globalisierung“, „Euro-Krise“, „Nahostkonflikt“, „Sozialversicherungssysteme“, „Börsenkurs“ und „Lobbyismus“, steht den Lehrkräften zudem ein Unterrichtspaket zur Verfügung. „Es beinhaltet Arbeitsblätter im Word- und PDF-Format. Im Unterrichtspaket ist der Film zusätzlich als Video-Datei enthalten, um ihn auch ohne Internetverbindung im Klassenraum einsetzen zu können“, teilt der Verlag mit und ergänzt:“

Mit Hilfe der Materialien können die Schüler/innen das neue Wissen festigen, vertiefen und überprüfen. Die Arbeitsblätter dienen zur Wiederholung der wichtigsten Informationen aus dem Erklär-Video (inklusive Lösungen). Im Unterrichtspaket enthalten sind auch der Text des Beitrags sowie Erläuterungen wichtiger Begriffe und Vorschläge für vertiefende Arbeitsaufträge. Ein kurzer (Selbst-)Test zum Überprüfen des neu gelernten Wissens rundet das Paket ab. Die Materialienpakete sind im Lehrkräfte- beziehungsweise Schulabonnement kostenfrei, sonst für 3 Euro online erhältlich.“

Weitere Informationen und die online frei verfügbaren Videos unter <http://www.cornelsen.de/einfach-erklart>.



Studien über Demokratie



Modi des Demokratischen

Zum Verhältnis von Macht und Demokratie

Von Friedrich J. Arndt

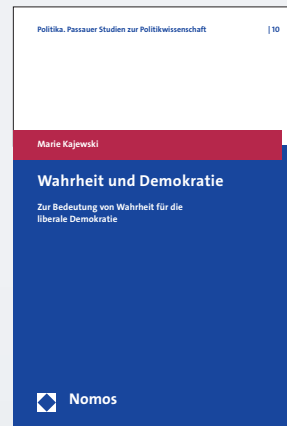
2014, 226 S., brosch., 39,- €

ISBN 978-3-8487-0853-6

(Zeitgenössische Diskurse des Politischen, Bd. 5)

www.nomos-shop.de/21746

An welchen Orten der vielfältigen Machtformen setzt demokratische Praxis ein? Auf einer breiten machttheoretischer Basis werden vier „Modi des Demokratischen“ im demokratischen Denken entfaltet. Daraus wird ein sozialtheoretischer Begriff des „Demokratischen“ entwickelt, der ein reflexives und dynamisches Verständnis demokratischen Handelns bietet.



Wahrheit und Demokratie

Zur Bedeutung von Wahrheit für die liberale Demokratie

Von Marie Kajewski

2013, ca. 245 S., brosch., 44,- €

ISBN 978-3-8487-0984-7

(Politika. Passauer Studien zur Politikwissenschaft, Bd. 10)

Erscheint ca. Dezember 2013

www.nomos-shop.de/21904

Die Studie spürt zeitdiagnostisch der gesellschaftlichen und politischen Relevanz von Wahrheit nach und legt dar, dass liberale Demokratien nicht auf Wahrheit verzichten können, ohne ihre Funktionsfähigkeit zu gefährden. Entscheidend dabei ist jedoch ein Wahrheitsbegriff, der mit Heidegger Wahrheit nicht auf Richtigkeit verengt, sondern sie als Ereignis fasst.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37. Portofreie Buch-Bestellungen unter www.nomos-shop.de



Nomos

Jana Wilkens, Berlin



Politische Bildung praxisnah - Das Projekt Juniorwahl



Im Rahmen der Tagung „Wahlen – Jugend – Medien“ begrüßte Dr. Michael Schröder (Akademie für politische Bildung Tutzing) die Teilnehmer des Workshops zum Projekt Juniorwahl. Frau Jana Wilkens vom Verein Kumulus e.V. präsentierte unter dem Motto „politische Bildung praxisnah“ Entstehungsgeschichte, Aufbau sowie Ziele und Ausblick dieses Projektes.



Entstehungsgeschichte

Der Wahlforscher Prof. Dr. Falter ahnte nicht, welchen Stein er ins Rollen brachte, als er 1999 in der Talk-Show Sabine Christiansen vom US-Amerikanischen Projekt „Kids-Voting“ berichtete. Der gemeinnützige und überparteiliche Verein Kumulus e.V. griff diese Idee auf und veranstaltete im selben Jahr erstmalig an drei Berliner Schulen das Projekt „Juniorwahl“. Seitdem führt der Verein die Juniorwahl parallel zu Landtags-, Bundestags- und Europawahlen an allen Schulformen, mit Ausnahme der Grundschulen, durch. Im Jahr 2013 haben bereits 2.263 Schulen aus allen deutschen Bundesländern und sogar 48 deutsche Auslandsschulen mit insgesamt 568.433 Jugendlichen teilgenommen.

Ziele der Juniorwahl:



Wahlen und Unterricht

Die Juniorwahl basiert auf den beiden Hauptsäulen Unterricht und Wahlakt. Dies umfasst die unterrichtliche Vor- und Nachbereitung der Wahl, sowie den Höhepunkt für die Schülerinnen und Schüler: einen simulierten Wahlakt in der Woche vor der jeweiligen Wahl. Hauptziel ist es, einen Beitrag zur politischen Sozialisation im Sinne unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung zu leisten und einen fundierten Meinungsbildungsprozess zu initiieren. „Die Schülerschaft sollte so früh wie möglich in die Wahlvorbereitung eingebunden werden“, so Wilkens. Weiterhin können die Schülerinnen und Schüler sich Wissen aneignen und demokratische Teilhabe erleben.

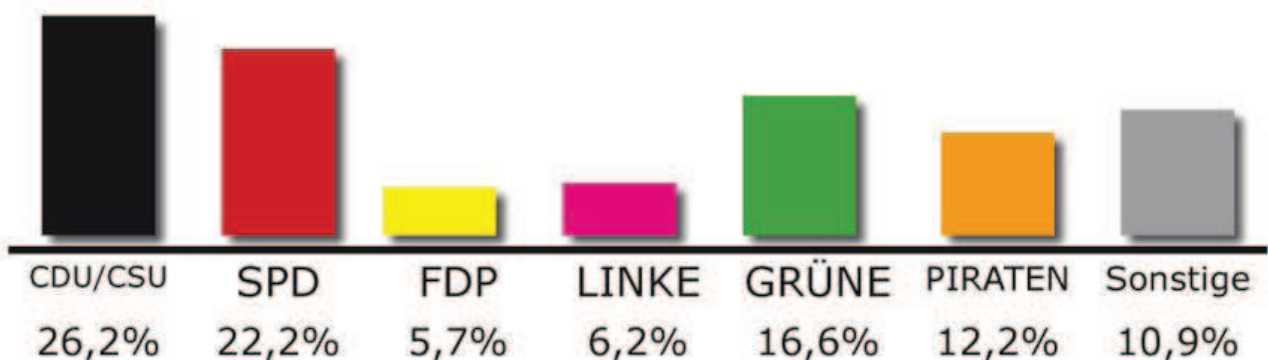
Der Wahlakt

Der Verein Kumulus e.V. stellt für die teilnehmenden Schulen Wahl- und Unterrichtsmaterialien kostenlos zur Verfügung. Die Materialien werden individuell für die entsprechende Wahl erstellt und sind entweder für eine realitätsgetreue, aber aufwändigere, Papierwahl oder aber eine Online-Wahl erhältlich. Für den tatsächlichen Wahlakt bietet das Projekt Juniorwahl zwei verschiedene Möglichkeiten. Zum einen die klassische Papierwahl mit versiegelter Urne und der authentischen Auszählung. Zum anderen die Onlinevariante, bei der sich Schülerinnen und Schüler mit TAN-Zugängen anmelden. Vorteil der Onlinevariante ist, dass die Auszählung unmittelbar erfolgt. Ein Wahlgang dauert laut Frau Wilkens pro 30 Schüler ca. 30-40 Minuten. Drei bis vier Wochen vor der Wahl erhalten die Schulen auf ihre Schulart und auf die Jahrgangsstufen abgestimmte Wahlunterlagen. Die Ausführung erfolgt von den Schülern selbst: Wählerverzeichnisse anlegen, Wahlbenachrichtigungen versenden und Stimmen auszählen. Jeder Wahlhelfer bekommt eine Anerkennung in Form einer Urkunde, unterzeichnet vom Schirmherrn der Juniorwahl, Bundestagspräsident Prof. Dr. Lammert.

Ein Mehr an politischem Interesse

Das Projekt trägt bereits Früchte, in Bremen konnte bei der Wahl 2010 dank der flächendeckenden Juniorwahl an allen Schulen in Bremen und Bremerhaven eine Erhöhung der Wahlquote in der Landtagswahl bei den 16- und 17-jährigen um 9,2% registriert werden. Während für die Schülerinnen und Schüler der Höhepunkt der Veranstaltung die Stimmabgabe ist, besteht für die Lehrkräfte die größte Herausforderung darin, die Vor- und Nachbearbeitung zu gestalten. Sie ist Kern der politischen Bildung und führt im Idealfall auch im familiären Umfeld der Schüler zu mehr politischer Diskussion. Die Wahlbeteiligung der Juniorwahl lag bei 88%. In Studien

**ENDERGEBNIS
JUNIORWAHL 2013
BUNDESTAGSWAHL**



Anzahl der Wahlberechtigten 568.433

der Stanford University und Universität Stuttgart konnte überdies festgestellt werden, dass die Wahlbeteiligung der Eltern teilnehmender Schülerinnen und Schüler um 4% stieg, die Zahl der jugendlichen Zeitungslernerinnen verdreifachte sich und die Zahl der Nichtwähler sank von 22% auf 7%. Die langfristigen Hauptprofiteure sind erwartungsgemäß Schülerinnen und Schüler der Haupt- und Realschulen, da der Wissenszuwachs über Parteien, Programme und Politiker hier am größten ist.

Finanzierung

Ein Problem für das Projekt Juniorwahl ist die zeitweise nötige Vorfinanzierung. Der Verein Kumulus e.V. beschäftigt zwar nur zweieinhalb festangestellte Mitarbeiter, hat aber für das Sponsoring der „Wahlpakete“ einen hohen Investitionsanteil. Die Beteiligung an den Kosten des Projekts verlief höchst unterschiedlich. Einige Länder, sowie selbst die Krankenkasse AOK beteiligten sich großzügig. Andere Bundesländer - auch Bayern - beteiligen sich nicht. Um zukünftig fehlende Mittel und generell eine solidere Finanzierung zu ermöglichen setzt der Verein Kumulus für die Europawahl, auf ein Aktienkonzept. Hierdurch soll Investoren ermöglicht werden, einzelne Juniorwahlpakete, im Wert von 250,- Euro zu erwerben und Teil der Aktion zu sein.

Presse und Medien

Die mediale Resonanz bezeichnet Jana Wilkens als „großartig in der Lokalpresse“. Insbesondere von regionalen Zeitungen gibt es meist begeisterte Berichte, wenn diese die Aktion an Schulen dokumentieren. In der überregionalen Presse taucht das Thema Juniorwahl allerdings nur selten auf. Ein Zustand, der natürlich auch den zeitgleichen Realwahlen geschuldet ist. Die Anfrage, die Juniorwahlergebnisse, die für die Bundestagswahl 2013 bereits vor den Realergebnissen bekannt waren, in der ARD zu veröffentlichen bzw. auszustrahlen lehnten die Verantwortlichen ab. Schade, denn die über 550.000 jugendlichen Teilnehmer liefern mit ihren Stimmen eine mehr als repräsentative Umfrage unter unserer Jugend. Die besten Pressesprecher für das Projekt sind und bleiben aber ohnehin die teilnehmenden Lehrer, da diese den Erfolg und die Ergebnisse in puncto politische Bildung hautnah erleben.

*(Zusammenfassung: Simon **Ebentheuer**, Florian **Kordts**, Philipp **Kosche**, Christoph **Schoppe**, Melanie **Schönefeld** (Studierende der FAU Erlangen-Nürnberg))*

Weitere Infos unter: www.juniorwahl.de

* * * * *



60 Jahre APuZ

Seit dem 25. November 1953 erscheint die Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ der Bundeszentrale für politische Bildung als Beilage der Wochenzeitung „Das Parlament“. Neben den „Informationen zur politischen Bildung“ gehört APuZ zu den bpb-Produkten der ersten Stunde.

Die erste APuZ-Ausgabe enthielt einen Artikel des russischen Publizisten Hermann Achminow über „Die Oberschicht in der Sowjetunion“. Während es in den 1950er Jahren noch üblich war, dass Texte beispielsweise von Bundespräsident Theodor Heuss, vom US-amerikanischen Außenminister John Foster Dulles, vom britischen Premierminister Winston Churchill oder auch von Papst Pius XII. (Weihnachtsbotschaft in der Ausgabe 1/1954) erschienen, gehört es heute zum ungeschriebenen Gesetz der APuZ-Redaktion, keine Beiträge aktiver Politiker zu veröffentlichen.

APuZ erscheint jährlich 28 Mal mit einer Auflage von jeweils 70.000 Exemplaren. Das Themenspektrum hat sich im Laufe der Jahre ständig erweitert: Allein 2013 reichte die Themenpalette von „Alternde Gesellschaft“ über „Politische Grundwerte“ und „Prostitution“ bis hin zu „50 Jahre Bundesliga“. Auch digital stehen die APuZ-Ausgaben inzwischen zur Verfügung: Sämtliche Ausgaben seit 2000 sind kostenfrei auf www.bpb.de/apuz abrufbar, seit zwei Jahren auch in E-Book- bzw. E-PUB-Format. Über den Twitter-Account @apuz_bpb kommuniziert die Redaktion täglich mit knapp 2000 followers. Der APuZ-Newsletter kann unter www.bpb.de/apuzaktuell bestellt werden.

FPU gratuliert ganz herzlich zum 60. APuZ-Geburtstag und wünscht der Redaktion weiterhin alles Gute und auch für die nächsten Jahre und Jahrzehnte wie bisher ein sicheres Gespür für aktuelle Themen und kompetente Autorinnen und Autoren.



Einstiege

Grundbegriffe der Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie

Die *Einstiege* richten sich an ein breites Publikum, das Einstiege in die Steilwände der Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie sucht.

Benjamin Opratko

Hegemonie

Politische Theorie nach Antonio Gramsci
(Einstiege Band 21)

2012 - 219 Seiten - € 19,90
ISBN: 978-3-89691-681-5

Bernd Belina

Raum

(Einstiege Band 20)

2013 - 172 Seiten - € 14,90
ISBN: 978-3-89691-682-2

Christine Resch, Heinz Steinert

Kapitalismus: Porträt einer Produktionsweise

(Einstiege Band 19)

2. Auflage

2011 - 311 Seiten - € 24,90
ISBN: 978-3-89691-683-9

Heiner Ganßmann

Politische Ökonomie des Sozialstaats

(Einstiege Band 10)

2. überarbeitete Auflage

2009 - 229 Seiten - € 19,90
ISBN: 978-3-89691-690-7

Heinz Steinert

Kulturindustrie

(Einstiege Band 5)

3. überarbeitete Auflage

2008 - 207 Seiten - € 19,90
ISBN: 978-3-89691-695-2



Bernd Jacobi, Nürnberg



Parteien und Parteienverbot



„*W*en könnte ich wählen?“ Diese Schülerfrage stand im Mittelpunkt des Workshops, den Studiendirektor Bernd Jacobi im Rahmen der Tagung auf Schloss Schney leitete.

Die Schüler sollen zum kritischen Denken über Parteien und deren Grundsätze angeregt werden. Bernd Jacobi, Lehrbeauftragter an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, ist der Meinung, dass es nicht sinnvoll sei, jede Partei separat vorzustellen. Die verschiedenen Logos der Parteien, deren Farben, die dazugehörigen Abkürzungen mit verschiedenen Bedeutungen und das Parteiprogramm verwirren die Schüler, anstatt ihnen eine Hilfestellung zu sein. An dieser Problematik wären bereits viele Referendare gescheitert, merkte Jacobi an. Deswegen schlug er vor, die Schüler vorerst nicht mit einer Vielzahl von Parteien zu überfordern, sondern das Hauptaugenmerk auf die drei großen Grundströmungen Liberalismus, Konservatismus und Sozialismus zu richten. Dies kann man den Schülern leichter erklären und in Gruppen bearbeiten lassen. Wenn sich die Schüler mit diesen drei Strömungen und deren jeweiligen Standpunkten



auseinander gesetzt haben, könnten sie aktuelle politische Aussagen den jeweiligen Strömungen besser zuordnen. Die Schüler können diese mit ihren eigenen Standpunkten besser verknüpfen und so ein gutes Bild davon bekommen, wen sie wählen könnten. Eine Teilnehmerin wies darauf hin, dass die FDP in der kommenden Legislaturperiode im Bundestag nicht vertreten sei und somit eine eindeutige Zuordnung zum Liberalismus nicht gegeben sei. Die Schüler würden sich somit fragen, wieso es diese politische Richtung überhaupt gebe. Der Referent erklärte, dass die fehlende Anwesenheit der FDP im Bundestag keine Rolle spiele, da die Partei ja weiterhin existiert.

Anschließend wandte sich Jacobi dem nächsten Hauptpunkt „Parteiverbot“ zu und stellte die seit Jahren immer wieder auf der politischen Agenda stehende Frage: „*Soll die NPD verboten werden?*“.

Jacobi begann mit der Vorstellung, wie man zu diesem Thema Unterrichtsstunden gestalten kann. Zum Einstieg spielte er ein Video ab, welches ein Interview des NPD-Vorsitzenden in einer Fernsehdebatte zeigt. Auf Grundlage dieses Ausschnittes sollen die Schüler ohne weiteres Vorwissen über das genannte Verbot diskutieren. Erst danach sollen die Schüler in Gruppenarbeit Stellung zu dem Parteienverbot nehmen, indem sie Pro und Contra erörtern. Die rechtlichen Grundlagen für ein Parteienverbot müssen hierbei allerdings berücksichtigt werden.

Anschließend wurde die mögliche Gestaltung der Unterrichtsstunden von den Kursteilnehmern kritisch betrachtet. Ein Tagungsteilnehmer stellte das gezeigte Video in Frage, da er sich nicht sicher ist, inwiefern die Schüler daraus Schlüsse ziehen würden. Der Parteivorsitzende der NPD sah sich in der Fernsehsendung mit einer gegnerischen Front konfrontiert, die ihn in einen Minderheitenstatus drängte. Hierzu wurde kritisch angemerkt, dass aus der Perspektive von Schülerinnen und Schülern der NPD-Funktionär als Opfer einer massiven Mehrheit gesehen werden könnte und dies für die Ziele einer demokratischen Grundbildung kontraproduktiv sei.

Auch der fehlende Punkt der streitbaren Demokratie wurde hinterfragt, welcher laut den anwesenden Teilnehmern sehr wichtig für die politische Bildung der Jugendlichen sei.

Die letzte halbe Stunde wurde für eine Diskussionsrunde genutzt. Ein angesprochenes Thema war der sogenannte „Wahl-O-Mat“, ein Hilfsmittel im Internet, bei dem man zu politischen Themen Stellung bezieht und dann aufgrund seiner persönlichen Eingaben eine Partei vorgeschlagen bekommt. Laut Erfahrungen von anwesenden Lehrkräften wäre das Ergebnis davon abhängig, ob die Fragen des Wahl-O-Mat anonym beantwortet oder gemeinschaftlich in der Klasse durchgeführt werden. Manche Schüler wären auch vom endgültigen Ergebnis überrascht, wenn sie zum Beispiel die Partei NPD vorgeschlagen bekämen. Die berechtigte Frage dazu

lautete: Nehmen Schüler unbewusst rechtsradikale Positionen ein? In der Diskussion wurde hierzu angemerkt, dass die Erkenntnisse der Schüler diesbezüglich ganz andere als die der Erwachsenen seien. Dementsprechend sollte auch die didaktische Herangehensweise angepasst werden. In diesem Zusammenhang wurde als Beispiel die sogenannte „Schulhof-CD“ erwähnt (s. a. S.). Schüler bekamen auf dem Schulgelände eine CD mit rechtsradikalen Inhalten, welche sie bei den Lehrern hinterfragten.

Die anwesenden Studenten wurden gefragt, inwiefern sie schon mit Rechtsradikalismus konfrontiert wurden, da sie aufgrund ihres Alters den Schülern noch näher sind. Hierzu gab eine Studentin beispielsweise den Streit über den Bau einer Moschee in Leipzig an. Die gegen den Bau demonstrierenden Menschen stritten ab, Teil von rechtsradikalen Gruppierungen zu sein. Diese Aussage gibt nach Auffassung eines Teilnehmers auch Hinweise auf die Problematik des im Sozialkundeunterricht mittlerweile oft verwendeten „Wahl-O-Mat“. So dürfte die Ablehnung eines Moscheebaus nicht automatisch, wie dies in ähnlich gelagerten Fällen im Wahl-O-Mat geschieht, im Sinne einer Präferenz für die NPD gewertet werden.

Von einem Kursteilnehmer wurde die ständige Erwähnung und Aufbereitung des NPD-Verbots in den gängigen Medien kritisiert. Dies würde der Partei nur noch mehr Aufmerksamkeit schenken. Ohne diese Öffentlichkeit hätte die NPD nie die Möglichkeit und die Ressourcen für einen politischen Aufstieg, weil der Rechtsextremismus vor allem seit den NSU-Morden geächtet sei. Der Fokus sollte mehr auf die tatsächlichen innenpolitischen Probleme gerichtet werden. Der Referent gab in diesem Zusammenhang allerdings zu bedenken, dass die NPD auch ohne Präsenz in den Parlamenten eine Gefahr darstellen würde. Sie besäße eine enge Vernetzung mit rechtsradikalen Gruppierungen, die Anschläge auf Personen oder Institutionen verübten, die nicht ihrer Ideologie entsprechen. Die NPD bietet solchen Gruppen auch Unterschlupf an, weswegen man die von ihr ausgehende Gefahr nicht vernachlässigen sollte.

Deswegen sei es wichtig, die Schülerinnen und Schüler frühzeitig für die Auseinandersetzung mit Parteien zu sensibilisieren, um radikale politische Gruppierungen zu erkennen und kritisch hinterfragen zu können.

(Zusammenfassung: Yasemin Aslan, Victoria Barthel, Alexander Montag, Clara Satzinger, Andreas Bruchner (Studierende der FAU Erlangen-Nürnberg)

* * * * *

Frühere FPU-Hefte zu den Schwerpunktthemen „Rechtsradikalismus“ und „Rechtsextremismus“



(Einige Restexemplare sind noch vorhanden. Bestellung bei: RedaktionFPU@gmx.net)



Politikdidaktische Aspekte der NPD-Verbotdiskussion



Sachanalyse

Wenn die freiheitliche Demokratie Parteiverbote vorsieht, begibt sie sich in das Dilemma, Freiheit dadurch zu schützen, dass sie Freiheit beschränkt. Dennoch beansprucht sie ein Recht auf Selbstbehauptung und auf Selbstschutz. Art. 21 (2) GG statuiert einen präventiven Abwehrmechanismus, der schon im Vorfeld strafrechtlich relevanter Handlungen zum Tragen kommen kann und politische Ziele pönalisiert. Damit aber Regierungsparteien nicht ermächtigt werden, eine missliebige Oppositionspartei einfach zu verbieten, hat der Parlamentarische Rat die Kompetenz zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit, der unmittelbar das Verbot folgt, auf das Bundesverfassungsgericht übertragen. Bislang sind zwei Parteien verboten worden, die Sozialistische Reichspartei (1952) und die Kommunistische Partei Deutschlands. Im KPD-Urteil von 1956 hat das Gericht die Hürden für ein Verbotverfahren noch einmal höher gelegt. Demnach ist eine zusätzliche Voraussetzung für die Feststellung der Verfassungswidrigkeit eine „aggressiv-kämpferische Haltung“. Ein Verfahren gegen die NPD wurde vom Bundesverfassungsgericht im Jahre 2003 auf Grund von Verfahrensfehlern eingestellt. Über die Verfassungswidrigkeit der NPD wurde dabei keinerlei Aussage getroffen. In der seit Jahren immer wieder belebten Diskussion über ein Vorgehen gegen die NPD gibt es Befürworter und Gegner eines Verbots. Die Befürworter weisen darauf hin, dass gegenwärtig die NPD über die Wahlkampfkostenerstattung und die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden sogar durch den Staat, also durch die Bürgerinnen und Bürger mitfinanziert wird. Die Gegner des Verbots vertreten die Auffassung, dass eine freiheitliche Demokratie auch mit extremistischen politischen Auffassungen leben können muss.



Im Nachgang zu den NSU-Morden wurde von verschiedenen Seiten erneut ein Verbot der NPD gefordert. Mittlerweile hat die Konferenz der Innenminister beschlossen einen erneuten Antrag beim Bundesverfassungsgericht auf den Weg zu bringen. Die Bundesregierung hat sich nicht dazu durchringen können der Bundesratsinitiative beizutreten. Jenseits der Bedenken darüber, dass mit einem Verbot der NPD noch lange kein nachhaltiger Effekt gegen den Rechtsextremismus erzielt werden könne, steht v.a. das Argument im Vordergrund, dass ein erneutes Scheitern des Verbotsantrags die NPD sogar stärken würde.

Politikdidaktische Bausteine

Die elementaren Bausteine der Politikdidaktik werden zu einem konkreten Fall für Politische Urteilsbildung - hier der NPD-Verbotdiskussion – wie folgt in Beziehung gesetzt. (s. Abb. 1 „Politikdidaktische Bausteine“ und Abb. 2 „Artikulationsmodell zum Thema „Soll die NPD verboten werden?“ auf den folgenden Seiten.)

Materialien

M 1: Schulhof-CD der NPD (Textauszug aus Annett: „Es ist Zeit zu rebellieren“ s. S.31)(Hinweis für Lehrerinnen und Lehrer: Jede Suchnachfrage „Schulhof CD“ führt zu zahlreichen Downloadangeboten. Urheberrecht beachten!)

M 2: Mitgliederzahlen der NPD auf Bundesebene (s. S.32)

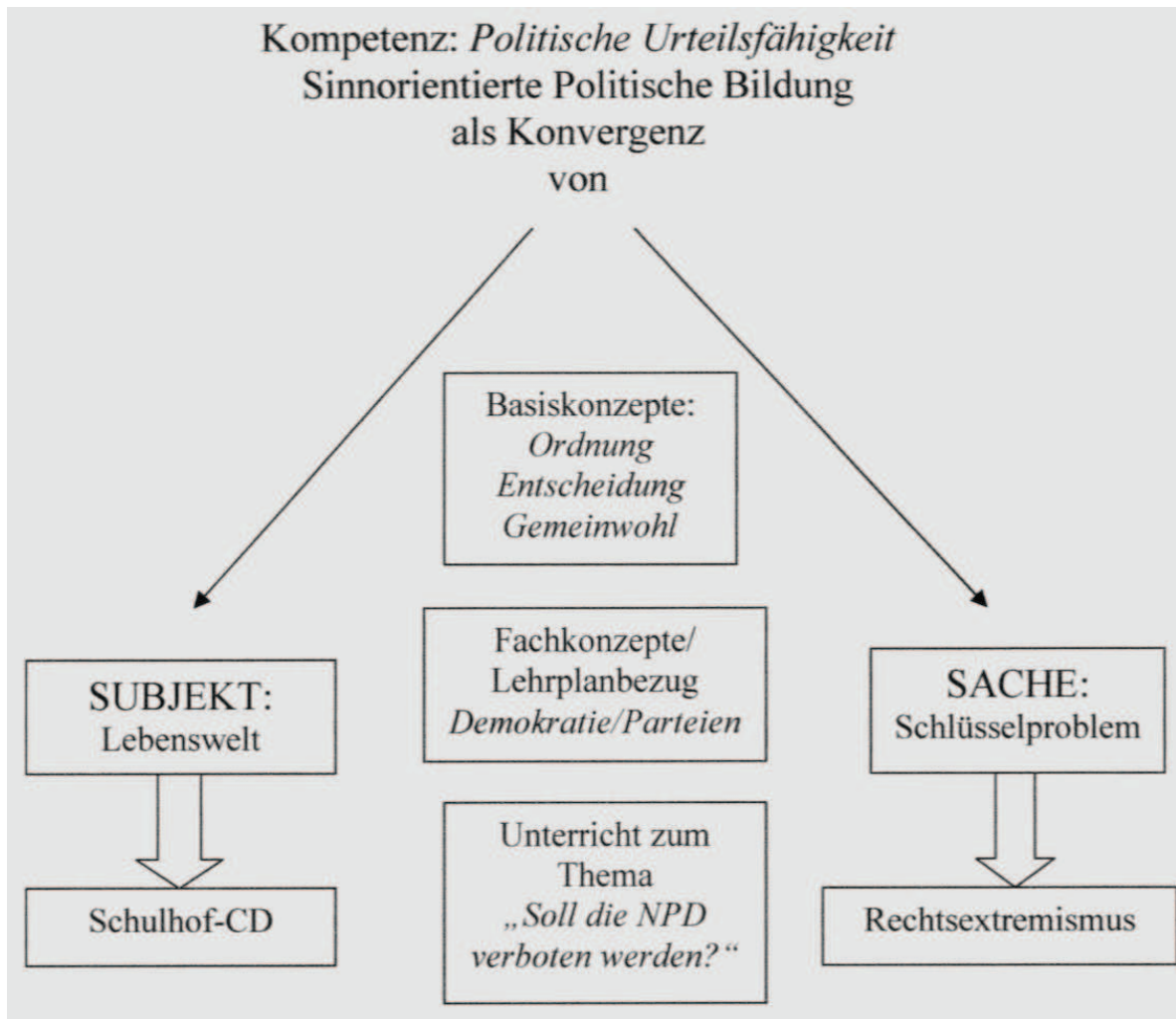


Abb. 1: „Politikdidaktische Bausteine“

M1: Schulhof-CD der NPD

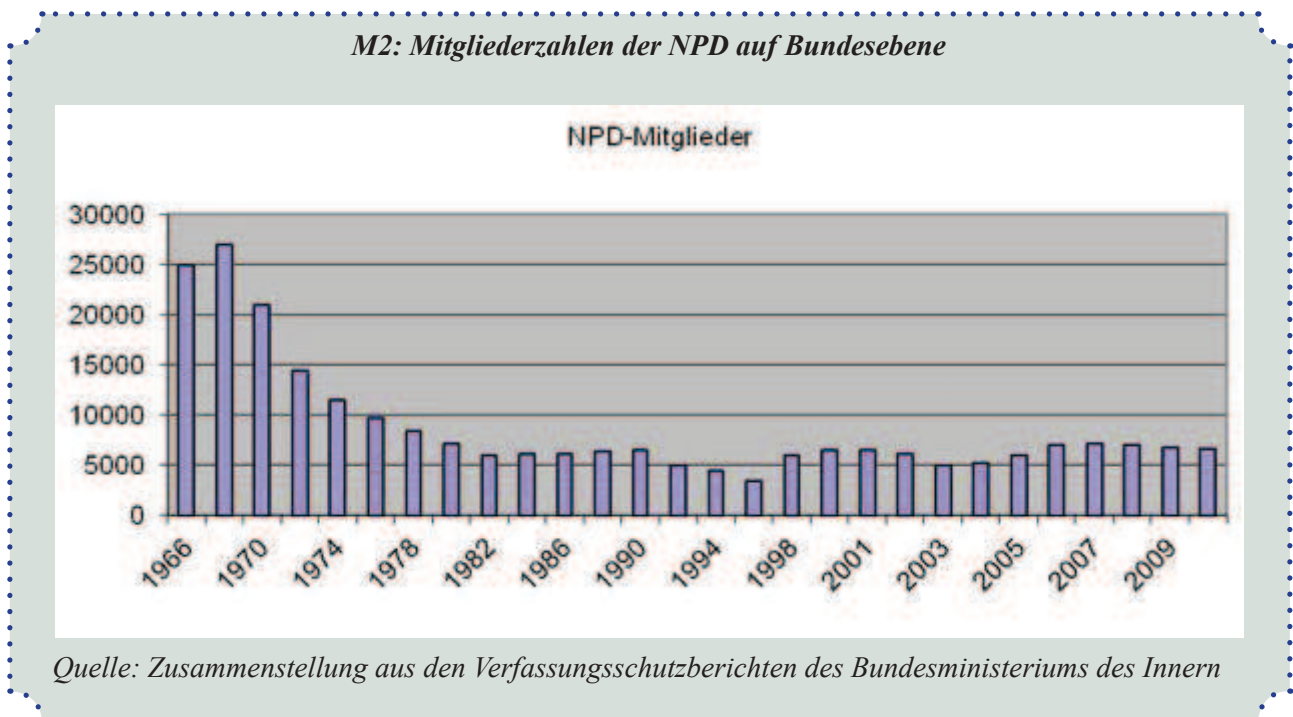
<ul style="list-style-type: none"> • Der Deutsche, so heißt es, ist ein Rassist, • doch nein, das ist er wirklich nicht. • Wir helfen gern, doch irgendwann ist Schluss, • weil auch irgendwann mal das Volk an sich alleine denken muss. • Und wenn es die da oben nicht langsam kapiieren, • dann wird in Deutschland bald gar nichts mehr passieren. • Vermischung pur ist das Ende vom Lied • wenn es eine Minderheit an Deutschen in Deutschland gibt. 	<p>Refrain:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Deshalb stehe auf, Du deutsches Volk, • hast viel schlimmes Leid hinter Dich gebracht; • es ist Deine Heimat, Dein Land, Dein Tod, • Deutschland braucht Dich jetzt in seiner Not.
---	---

M 3: Rede des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt (Internetrecherche)

http://www.youtube.com/watch?v=NuuWcaEj_5g

Unterrichtsphase nach Sutor (1992, 35) mit fallbezogener Auswahl von Kategorien	Lerninhalte unter Anwendung der politikdidaktischen Bausteine	Exemplarische Hinweise für die Unterrichtsgestaltung: Methoden – Medien – Materialien
Einstieg und Planungsgespräch Problem/Konflikt Erfahrung Betroffenheit Präferenzen/Biographie Bedeutsamkeit Meinung	<i>Lebensweltliche Erfahrung</i> der SuS: <i>Schlüsselproblem:</i> Rechtsextremismus	<i>Die Schulhof-CD der NPD</i> Anhören und Analysieren eines Liedtextes (M1) SuS identifizieren problematische Textpassagen. Meinungsäußerungen und Abstimmung in der Klasse über die Frage „Soll die NPD verboten werden?“
Situationsanalyse: <i>Was ist?</i> Information/ Interessen/ Beteiligte Interpretation/ Ideologie Geschichtlichkeit	<i>Fachkonzept:</i> Parteiendemokratie/ Pluralismus <i>Fachkonzept:</i> Wertgebundene Demokratie <i>Genetisches Prinzip</i>	z.B. Verbalisieren der Graphik „Mitgliederzahlen der NPD auf Bundesebene“ (M2) und/oder Film über eine Rede von NPD-Chef Udo Voigt (M3) Textanalyse: Goebbels – Zitat (M4) Schmid – Zitat (M5)
Möglichkeitserörterung <i>Was ist politisch/ rechtlich möglich?</i> Macht/Organisation Recht/Verfahrensregeln/ Institutionen	<i>Fachkonzept:</i> Streitbare Demokratie (Abwehrbereitschaft) <i>Genetisches Prinzip</i>	Textanalyse: Artikel 21 (2) GG (M6) und § 46 BVerfGG (M7) <i>Rekurs auf M4 und M5</i>
Urteilsbildung: <i>Was soll geschehen?</i> Legitimation/ Gemein-wohl/Wirksamkeit/ Folgen	Positionen/ Argumente	Karikatur (M8) Diskussion/Tribunal/Rollenspiel z.B. Debatte im Innenausschuss des Bundestages Abstimmung
Vertiefende Orientierung: Gefährdung/Verhältnismäßigkeit/ Erforderlichkeit/ Alternative ggf. Metakommunikation:	<i>Demokratielernen</i>	Textanalyse: Das Dilemma der Streitbaren Demokratie (M9) Schlussabstimmung und ggf. Diskussion über den Unterricht (Praxisreflexion, Selbstreflexion)

Abb. 2 „Artikulationsmodell zum Thema „Soll die NPD verboten werden?“



M 4: Joseph Goebbels 1933 (zit. Scherb, 2001, 84):

„Das wird immer einer der besten Witze der Demokratie bleiben, dass sie ihren Todfeinden die Mittel selbst

stellte, durch die sie vernichtet wurde. Die verfolgten Führer der NSDAP traten als Abgeordnete in den Genuss der Immunität, der Diäten und der Freifahrkarte. Damit waren sie vor dem Angriff der Polizei gesichert und durften sich mehr zu sagen erlauben als gewöhnliche Staatsbürger und ließen sich außerdem die Kosten ihrer Tätigkeit vom Feinde bezahlen.“

M 5: Carlo Schmid 1946 (zit. Scherb, 1987, 39):

„Sie haben gesehen, wie die Feinde der Demokratie gerade mit den Mitteln, die ihnen die Demokratie zur Verfügung stellte, diese umbringen konnten und umgebracht haben. Wir wollen, dass sich dies nicht noch einmal wiederholt. Wir wollen uns nicht wieder dadurch lächerlich machen, dass wir uns von Leuten, die kein anderes Ziel hatten, als die Freiheit auszulöschen, grinsend vorhalten lassen: *‘Wenn ihr uns daran hindert, dann verstoßt ihr gegen das Prinzip der Freiheit’*.“

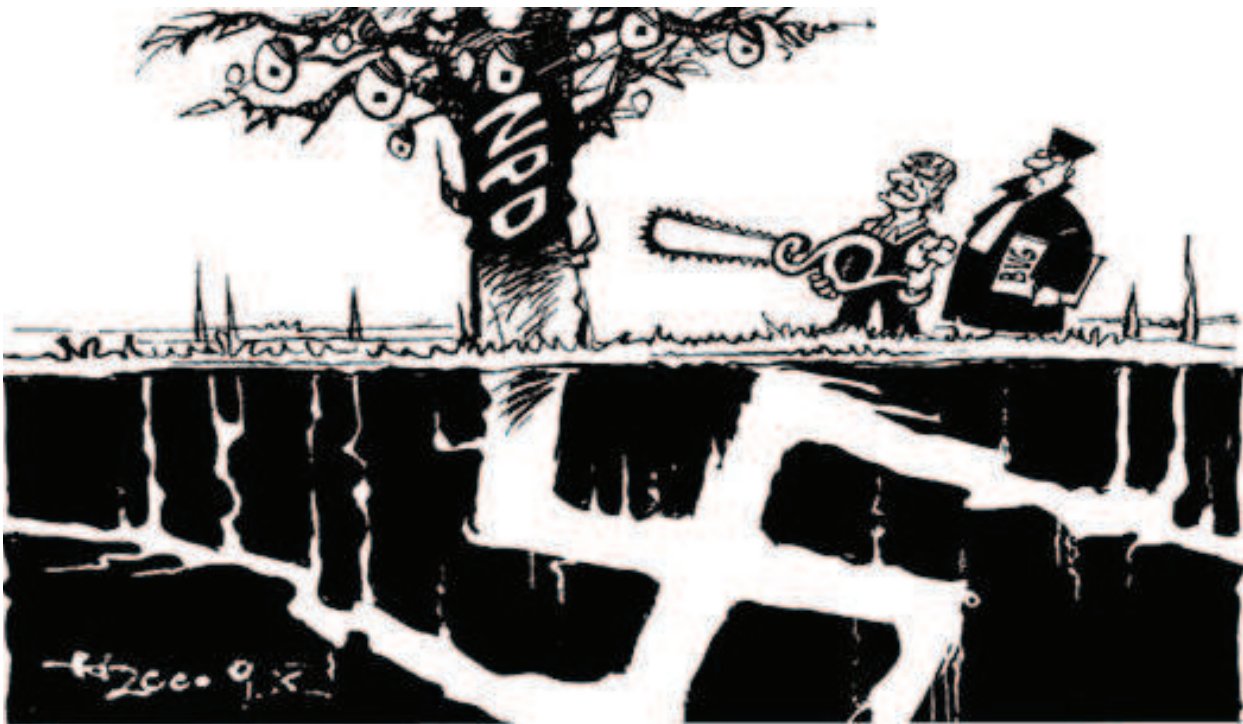
M 6: 21 Abs. 2 GG:

„Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden“ verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht.“

M 7: § 46 Bundesverfassungsgerichtsgesetz (Auszug):

„Erweist sich der Antrag als begründet, so stellt das Bundesverfassungsgericht fest, dass die politische Partei verfassungswidrig ist. (...) Mit der Feststellung ist die Auflösung der Partei (...) zu verbinden.“

M 8: „Kein Problem! Wir sägen ihn einfach um!“



Quelle: Nürnberger Nachrichten v. 10.10.2000

M 9: Das Dilemma der Streitbaren Demokratie von Armin Scherb in: Die WELT v. 25.01.2002, S.3 (Auszug)

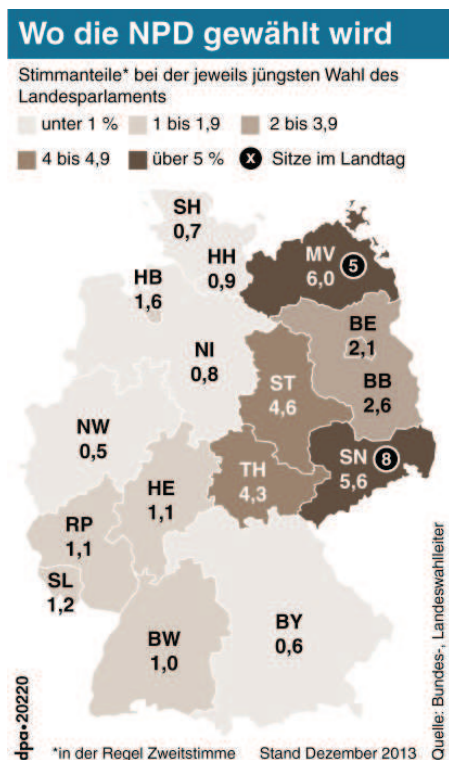
(...) Erweist sich die Einleitung eines Parteiverbotsverfahrens durch den Antrag von Bundesrat, Bundestag oder Bundesregierung als begründet, so stellt das Gericht nach Absatz 1 die formelle Verfassungswidrigkeit fest. Als Problem hat sich nun schon seit den ersten Parteiverbotsverfahren in den 1950er Jahren erwiesen, dass an die Feststellung der Verfassungswidrigkeit automatisch das Verbot der Partei (...) geknüpft ist. Neben den prinzipiellen demokratietheoretischen Bedenken gegen die Beschränkung der Parteifreiheit

standen in der kritischen Auseinandersetzung mit dieser Regelung v.a. zwei Argumentationslinien im Mittelpunkt. Erstens wurde zu Recht eingewendet, dass Mitglieder und Anhänger einer verbotenen Partei im Untergrund weiteragitieren. Zweitens wurde kritisiert, dass die scharfe Waffe des Verbots eine übermäßige Reaktion darstellt. Tatsächlich stellte keine der bislang verbotenen Parteien eine ernsthafte Gefährdung der Demokratie dar. (...) Deshalb war es auch nicht verwunderlich, dass im Herbst 2000 die Kontroverse über die Einleitung eines Verbotsverfahrens gegen die NPD wiederum nur ein Unbehagen äußerte, hinter dem ursächlich eine unflexible Regelung im Konzept der Streitbaren Demokratie steht. Kaum jemand zieht die Streitbare Demokratie grundsätzlich in Zweifel. Deshalb weist die Kritik auf eine Regelung hin, die eben nur zwei Extrema kennt. Entweder lässt man eine für verfassungsfeindlich gehaltene Partei gewähren oder man verbietet sie. Das Gewährenlassen ist zudem sogar mit einer aktiven staatlichen Unterstützung verbunden. Immerhin gelangt eine Partei wie die NPD in den Genuss der staatlichen Parteienfinanzierung. Wenn auch oft die Wahlerfolge nicht zur Teilnahme an der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung berechtigen, so führen Spenden an die NPD zumindest zur Minderung der Steuerlast der Spender und damit zu einer indirekten staatlichen Finanzierung. Dieser Zustand erscheint auch denjenigen unerträglich, die den Einsatz der schweren Keule des Verbots ablehnen. (...) Er setzt sowohl die antragsberechtigten Staatsorgane wie auch das Bundesverfassungsgericht unter Druck und fördert in der Reaktionslücke zwischen Gewährenlassen mit staatlicher Finanzierung einerseits und Verbot andererseits ein Dilemma der Streitbaren Demokratie zu Tage (...). Mit einer Änderung des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes könnte zumindest für zukünftige Überlegungen, wie mit verfassungsfeindlichen Parteien umzugehen ist, ein Ausweg eröffnet werden. Dazu müsste die Feststellung der Verfassungswidrigkeit von der bisher automatischen Folge des Verbots abgekoppelt werden. Über die Folgen einer formellen Verfassungswidrigkeit könnte dann gesondert nachgedacht werden. (...)

Literaturangaben:

- Scherb, Armin, 1987: Präventiver Demokratieschutz als Problem der Verfassungsgebung nach 1945, Frankfurt a.M.
- Scherb, Armin, 2001: Parteiverbot und Demokratie - Die NPD-Verbotsdiskussion als Hinweis auf ein strukturelles Defizit demokratischer Streitbarkeit, in: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard, Jahrbuch Extremismus und Demokratie Band 13, 2001, 73ff.
- Scherb, Armin, 2002: Das Dilemma der Streitbaren Demokratie in: Die WELT vom 25.01.2002, S. 3

(Anm. d. Red.: Der Autor ist Professor für Didaktik der Sozialkunde an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. E-Mail: armin.scherb@fau.de)



Hey Mr. Nazi

Eine interaktive YouTube-Kampagne soll Fremdenfeindlichkeit in unserer Gesellschaft abbauen. Die Kampagne einer Allianz von YouTube-Stars mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb will Jugendliche aufklären, zum Mitmachen animieren und ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen.

Künstler wie DieAussenseiter, AlexiBexi, BullShitTehVau, Albertoson, Simon Desue, Digges Ding, MaximNoise, OG und TC von Y-Titty interpretieren den fast 12 Millionen Mal geklickten Song »Hey Mr. Nazi« von Blumio und schildern darin ihre persönlichen Sichtweisen auf das Thema Fremdenfeindlichkeit. So wollen sie Verständnis für andere Nationalitäten, Kulturen und Religionen wecken und Angst vor „dem Fremden“ nehmen. In eigenen Texten bringen sie ihre Gedanken und Positionen zum Thema Fremdenfeindlichkeit ein. Sie sind ab dem 4. Dezember 2013 auf YouTube zu sehen.

Mit persönlichen Statements wenden sich die Stars direkt an ihre Community, sensibilisieren für mehr Toleranz und laden zum Mitmachen ein. Beteiligungsmöglichkeiten an der Kampagne gibt es viele: man kann Videoantworten drehen, Fotos machen, Bilder malen, liken und kommentieren.

Weitere Informationen und Videos unter: www.bpb.de/youtubergegennazis

Die Verantwortung fürs Geld kann man am Bankschalter abgeben, muss man aber nicht

Die GLS Bank wurde 1974 als erste sozial-ökologische Bank der Welt mit einer klaren Aufgabe gegründet: Geld soll für die Menschen da sein. Deshalb fließt es bei uns ausschließlich in sozial, ökologisch und ökonomisch sinnvolle Unternehmen. Dabei machen wir transparent, wo und was wir finanzieren.

Vom Girokonto bis zur Vermögensanlage –
informieren Sie sich über unsere zukunftsweisenden Angebote.



Filiale München
ab 20.01.2014: Bruderstraße 5a

GLS Bank
das macht Sinn

The logo for GLS Bank, featuring the text "GLS Bank" in a bold, black, sans-serif font. Below the text is a stylized graphic consisting of several blue, curved lines that sweep upwards and to the right, resembling a wave or a stylized 'S' shape.



Bayern nach der Wahl - Perspektiven der Landespolitik



Nachdem die Landtagsabgeordneten der CSU und der Freien Wähler des Wahlkreises Oberfranken ihre Teilnahme an der Schlussdiskussion dieser Tagung überraschend abgesagt hatten, wurde die Koalition von Rot/Grün - zumindest auf dem Podium des Seminarraums der Frankenakademie in Schloss Schney – begründet: MdL Ulrike Gote (Bündnis 90 / Die Grünen) und MdL Christoph Rabenstein (SPD) diskutierten unter der Leitung von Armin Scherb über „Bayern nach der Wahl“.



Ulrike Gote (Bündnis 90/Grüne)

Zunächst hieß es jedoch Wunden lecken: Die Ergebnisse bei der Landtagswahl vom 15. September waren mit 20,6% (SPD) und 8,6% (B90/Grüne) ja nicht gerade berauschend ausgefallen, während die CSU nach fünf Jahren CSU/FDP-Koalition wieder die absolute Mehrheit erringen konnte. Die Ursachen hierfür seien multikausal, befanden die beiden Abgeordneten der Oppositionsparteien. Ulrike Gote bedauerte, dass der Wahlkampf „erschreckend“ gewesen sei, da politische Themen kaum eine Rolle gespielt hätten, sondern der Großteil der Bevölkerung allein über die Maut und - bei ihrer Partei - über den Veggie-Day diskutieren wollte, was letztlich auch wahlentscheidend gewesen sei.

Gote und Rabenstein - obwohl im Wahlkreis Oberfranken Konkurrenten - waren sich darin einig, dass die Regierungspartei mit ihren Status-quo-Wahlaussagen des „schönen und erfolgreichen CSU-Bayern mit weißblauem Himmel, hohen Bergen und glitzernden Seen“ (Gote) Erfolg hatte, da diese Strategie die Gemütslage der meisten Wähler, die beruflich und finanziell zufrieden sind, widerspiegelt (was die Allensbach-Umfragen, s.S. 12ff. auch bestätigen).

„Bei wirtschaftlicher Prosperität ist die Stimmung beim Wahlvolk für einen Wechsel nicht besonders ausgeprägt“, konstatierte Rabenstein resigniert und stellte mit Sarkasmus die rhetorische Frage, die er natürlich gleich verneinte: „Sollen wir auf eine Wirtschaftskrise und auf hohe Arbeitslosigkeit hoffen, damit die politische Wende in Bayern endlich stattfindet?“ Und selbstkritisch fügte er hinzu, dass Christian Ude zu früh in den Wahlkampf geschickt wurde und die Plakatwerbung mit Ude als Ministerpräsidentenkandidat („Wort halten“) zwar witzig, aber nicht besonders attraktiv gewesen sei und gegen das Großplakat mit dem Horst-Seehofer-Porträt vor blühender Landschaft nicht konkurrieren konnte.

Bei der Frage nach einer großen Koalition im Bundestag waren sich beide Mitglieder des Landtages einig, dass dies „für die Demokratie die schlechteste Lösung darstellt, da eine starke Opposition ein Grundelement der Demokratie ist und die Leistungen des Juniorpartners nicht entsprechend gewürdigt werden“ (Rabenstein) und „eine CDU/CSU-Minderheitenregierung ein Gewinn für das demokratische Bewusstsein bedeuten würde“ (Gote). Denn ein Zeichen lebendiger Demokratie wäre es, wenn sich „eine CDU/CSU-Aleinregierung jeweilige Mehrheiten bei einzelnen Sachthemen suchen muss“ (Gote). Doch laut Allensbach-Umfrage wünscht sich die Mehrheit der Wähler eine große Koalition, seufzten beide. Und die Entscheidung der SPD-Basis lag bei Redaktionsschluss dieses Heftes noch nicht vor. Doch Rabenstein prognostizierte - zumindest in Bayern - eine knappe Ablehnung durch die Mehrheit der SPD-Mitglieder, weshalb er und Ulrike Gote dann - trotz aller Unwägbarkeiten - für Neuwahlen plädierten und Rabenstein einer Koalition von Rot-



Christoph Rabenstein (SPD)

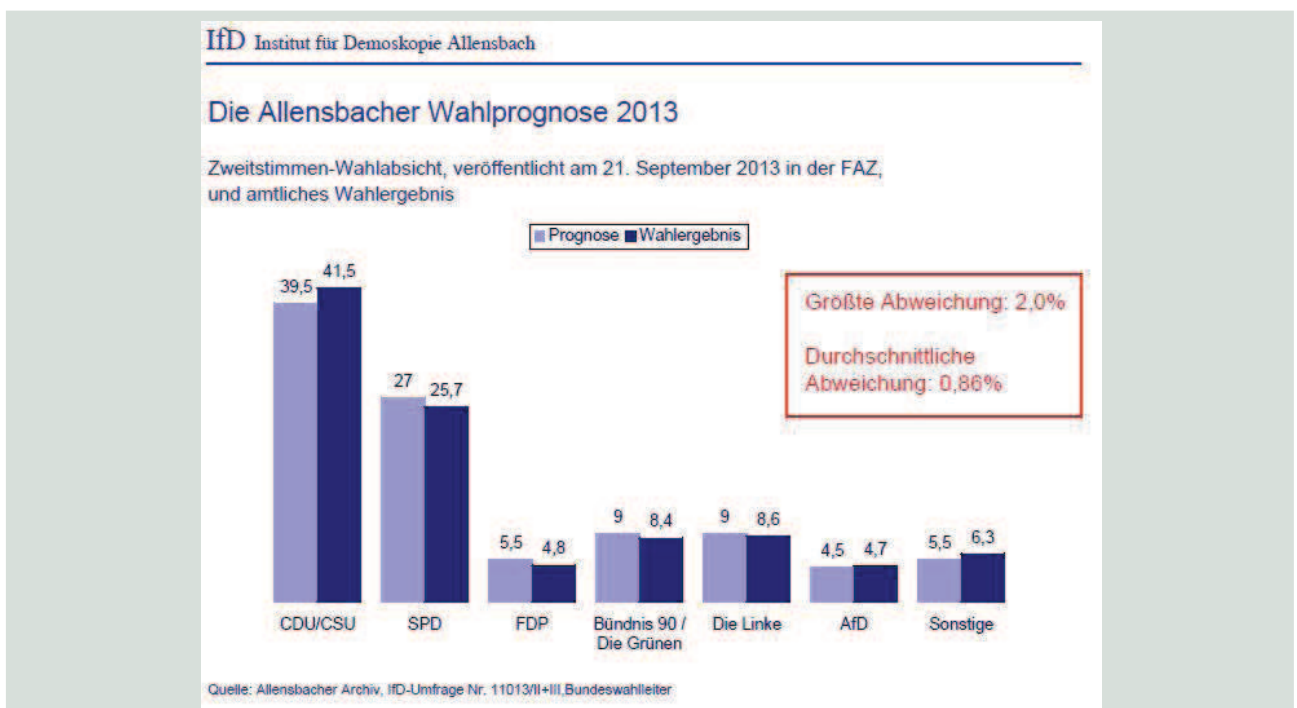


Foto: dpa

Rot-Grün sich nicht abgeneigt zeigte, während Gote augenzwinkernd empfahl: „Machen wir in Berlin dann halt Schwarz-Rot-Grün - ohne die CSU.“

Landesvorsitzender Armin Scherb gab am Ende dieser auch mit dem Publikum im Saal lebhaft geführten Diskussion den beiden Landtagsabgeordneten die Wünsche unseres Landesverbandes mit auf dem Weg, die politische Bildung in den Schulen zu stärken (s.a. S. 47f. und FPU 2/13, S. 36 ff.) und die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit unter der neuen Leitung dem Bayerischen Landtag zu unterstellen oder (ähnlich dem Status der Akademie für politische Bildung Tutzing) als Anstalt des öffentlichen Rechts fungieren zu lassen.

Hannes S. Macher, München



Michael Görtler, Augsburg



Zum Einsatz von Planspielen im Politikunterricht



In den letzten Jahren haben Planspiele nach und nach Praxis wie Theorie der politischen Bildung erobert. Zwar verzeichnet die Politikdidaktik einen spürbaren Zuwachs an Beiträgen aus der Planspielforschung, trotzdem sind die Möglichkeiten und Grenzen der Methode im und außerhalb des Politikunterrichts noch nicht ausgelotet (vgl. Scholz 2003). Beim Gespräch mit Lehrerinnen und Lehrern über den Einsatz von Planspielen stößt man auf ein geteiltes Echo: Während einige wenige von ihnen die Methode bereits kennen gelernt und zum Teil schon im Unterricht erfolgreich eingesetzt haben, gibt es viele, die sich mit Planspielen noch nicht befasst haben. Und in der Diskussion mit Lehrkräften und Referendarinnen und Referendaren auf Tagungen, bei Fortbildungen oder Veranstaltungen vor Ort werden Einwände gegenüber dem Einsatz von Planspielen im Politikunterricht laut (s. u.), die zwar berechtigt sind, sich aber durch Planung und Organisation in den Griff zu bekommen sind. Die folgenden Ausführungen sind als Überlegungen zum Einsatz von Planspielen im Politikunterricht gedacht, wobei einige wenige Chancen und Risiken der Methode dargestellt werden.



Zunächst ist in der Politikdidaktik unbestritten, dass die Methode viele Vorteile mit sich bringt (vgl. i. F. Masching 2006). Dazu gehört beispielsweise die Gelegenheit für die Schülerinnen und Schüler einmal in die Rolle eines Politikers zu schlüpfen und eine festgelegte Position zu vertreten, was rhetorisches Können und Kompromissbereitschaft erforderlich macht. Die plastische Politik wird auf diese Weise nachvollziehbar, weil die Schwierigkeiten beim Aushandeln von Deals oder beim Finden von Kompromissen am eigenen Leib erfahrbar werden - nicht selten geben die Schüler/innen am Ende des Planspiels zu, dass sie sich das politische Geschehen vorab weit weniger anstrengend vorgestellt haben. Der erfahrungs- und handlungsorientierte Zugang zu den Lernenden verspricht damit im Vergleich zur starren Institutionenkunde auf spielerische Weise die Motivation der Teilnehmenden und ihr Interesse am institutionellen Geschehen zu erhöhen. Das kann angesichts der Politikferne ein Mittel sein, um Schülerinnen und Schüler auf eine andere Weise anzusprechen als es dem herkömmlichen Politikunterricht möglich ist. Die Praxis zeigt zudem, dass die Methode nicht selten verborgenes Potential bei den SchülerInnen weckt, das sich dann z.B. im erhöhten Interesse am simulierten Geschehen im Vergleich zum Schulalltag ausdrückt.

Organisatorische Herausforderungen

Planspiele finden in der Regel mit einer größeren Anzahl an SchülerInnen statt, z.B. eine oder mehrere Klassen, die in verschiedenen Organen oder Arbeitsgruppen verhandeln. Aus diesem Grund sind mehrere Verhandlungsorte (etwa Klassenzimmer, Aula) sowie ein Versammlungsraum notwendig, um dort Einführung und Abschluss der Methode abzuhalten. Das macht schon im Vorfeld die Absprache mit Schulleitung und Kollegium notwendig, um Orte und Zeiten festzulegen. Ein weiteres nicht zu unterschätzendes Problem ist die Finanzierung, denn der Einkauf von Referenten sowie Spielmaterialien sprengt nicht selten das Budget der Schule. Lehrkräfte stehen daher vor der Wahl, sich um Unterstützung bei außerschulischen Kooperationspartnern in Politik und Wirtschaft, z.B. Stiftungen, Akademien, Unternehmen, aber auch bei Institutionen auf Bundes-, Landes- oder Europaebene zu bemühen oder das Planspiel in Eigenregie umzusetzen.

Die größte Hürde ist wohl das enge Zeitkorsett im Schulalltag. Planspiele benötigen in der Regel einen Vor- und Nachmittag, bei komplexen Simulationen sogar zwei Tage bis hin zu einer Woche. Es besteht aber auch die Möglichkeit, vereinfachte Planspiele einzusetzen, die aus wenigen Verhandlungsschritten bestehen und nicht nach schwierigen Entscheidungen verlangen. In diesen Fällen muss allerdings abgewogen werden, in-

wieweit Einsichten in institutionelle Prozesse noch erreicht werden können, wenn die Methode zu stark verkürzt und vereinfacht wird. Wenn nicht genug Zeit bleibt zur Information über Thema und Spielregeln sowie über Akteure, Institutionen und Prozesse, zur Übernahme der Rollen und zum Vertreten der Positionen, zum Verhandeln, zum Argumentieren, zum Entscheiden und zum abschließenden Reflektieren, wird das Planspiel mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht von Erfolg gekrönt sein. Aus diesem Grund kommt der Koordination zwischen dem Kollegium und der Schulleitung auch an dieser Stelle eine besondere Bedeutung zu, um Zeiträume zu schaffen. Möglicherweise lässt sich durch den Tausch von Stunden oder der Kooperation mit benachbarten Fächern mehr Unterrichtszeit am Stück schaffen. Auch das regelmäßige Reservieren von Projekttagen oder Projektwochen im Schuljahr wäre an dieser Stelle eine Option.

Auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung findet sich eine Datenbank mit zahlreichen Vorschlägen, die thematisch sowie nach Schulart und Jahrgangsstufe gegliedert ist. Damit kann die Gefahr der Überforderung der Klasse so gering wie möglich gehalten werden. Schließlich finden sich dort auch Anleitungen und Spielmaterialien sowie ein Tool zum eigenständigen Erstellen von Planspielen, um die Methode an die Interessen und Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler anzupassen.

Ausblick

Wenn im Rahmen von Planspielen der Kontakt zur Politik hergestellt wird, kann der Transfer von Schule auf Politik gelingen. Am Ende bietet sich beispielsweise eine Erkundung bei der simulierten (oder einer ähnlichen) Institution sowie der Kontakt mit einem Politiker an, um das Geschehen gemeinsam zu reflektieren und Feedback aus der Praxis zu erhalten. Eine zusätzliche Möglichkeit, die Motivation der Teilnehmenden zu erhöhen, besteht darin, einen Bericht in der Schülerzeitung und/oder in den regionalen Medien (z.B. Zeitungs- oder Fernsehbeitrag, meist in Verbindung mit dem Besuch eines Abgeordneten) zu platzieren. Auch der Besuch von politischen Institutionen oder das Gespräch mit Entscheidungsträgern ist eine sinnvolle Ergänzung. Wichtig ist allerdings in jedem Fall, dass die Methode als Mittel des politischen Lernens genutzt und in das Unterrichtsgeschehen eingebettet wird - sie darf von der Klasse nicht als Freizeitveranstaltung missverstanden werden.

Das Planspiel bietet abschließend viel Lernpotential: auf der inhaltlichen Ebene, weil es einen einfachen Einblick in das Innenleben der Politik bietet und auf der persönlichen Ebene, weil es die SchülerInnen auf eine andere Weise als der herkömmliche Politikunterricht anspricht. Aus diesem Grund sollte die Methode vermehrt Gegenstand von Fortbildungen sowie der Lehrerbildung sein, um die Vorbehalte gegenüber Planspielen abzubauen, indem Chancen und Grenzen aus didaktischer Sicht diskutiert werden.

Darüber hinaus liegt auch auf der Hand, dass Planspiele Einsichten in den Politikbetrieb schaffen können, die dabei helfen, Klischees oder Stereotypen abzubauen (vgl. i. F. Rappenglück 2004). Dazu gehört beispielsweise das Erklärbarbarmachen der Dauer, aber auch der Ergebnisse von Verhandlungen und Entscheidungen. Die Simulation lässt die Schülerinnen und Schüler intensiv erfahren, wie komplex manche Fragestellungen ausfallen und wie zeitaufwändig Kompromisse sind. Auch die auf den ersten Blick übertriebene Verklammerung in Gesetzestexten wird auf den zweiten Blick nachvollziehbar, nämlich wenn die Schülerinnen und Schüler die gemeinsame Problemlösung und die Vielzahl an Positionen der Akteure begreifen, die dazu geführt haben. Auf diese Weise kann nicht zuletzt der Politikverdrossenheit entgegengewirkt werden, die aus Unwissenheit über die Verfahren resultiert.

(Anm. d. Red.: Der Autor, Jahrgang 1982, studierte Politikwissenschaften, Soziologie und Andragogik und ist Wiss. Mitarbeiter an der Professur für Politische Bildung und Politikdidaktik an der Universität Augsburg.)

Literaturempfehlungen:

Bundeszentrale für politische Bildung (o. A.): Methoden für den Politikunterricht - Planspiele online unter: <http://www.bpb.de/lernen/unterrichten/planspiele/>.

Massing, Peter (2006): Planspiele und Entscheidungsspiele. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Methodentraining für den Politikunterricht I, Themen und Materialien, 2. Auflage, Bonn, 163-194.

Rappenglück, Stefan (2004): Europäische Komplexität verstehen lernen. Chancen und Grenzen >>>

europabezogener Simulationen zur kognitiven und habituellen Kompetenzförderung junger Erwachsener, Schwalbach.

Scholz, Lothar (2003): Spielerisch Politik lernen. Methoden des Kompetenzerwerbs im Politik- und Sozialkundeunterricht, Schwalbach.

Planspiele, die im Politikunterricht eingesetzt werden können (Auswahl):

Schwerpunkt ‚Europäische Union‘

1. *Europapolitische Planspiele* bietet die Europäische Kommission von Zeit zu Zeit an. Informationen unter: http://ec.europa.eu/deutschland/shape_europe/planspiele/index_de.htm

2. *Die Zukunft Europas* (Sekundarstufe II, 1 Tag, kostenlos)
In diesem Spiel nehmen die SchülerInnen die Rolle von Entscheidungsträgern aus der EU und aus den Ländern, die sich um den Beitritt zur EU bemühen. Auf der Agenda stehen zentrale Fragen der europäischen Zukunftsgestaltung.
Studienstätte für Politik und Zeitgeschehen München e.V.
E-Mail: info@studienstaette-muenchen.de
Website: www.studienstaette-muenchen.de



3. *Kostenpflichtige Planspiele mit externen Referenten zu EU-Themen bieten z.B. an*
Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für angewandte Politikforschung (CAP)
E-Mail: sekretariat@fgje.de
Website: www.fgje.de

EuroSoc GmbH
E-Mail: infobpb@eurosoc.de
Website: www.eurosoc.de

Schwerpunkt ‚Datenschutz/Internet/Web 2.0‘

1. *Datenschutz* (Sekundarstufe I und II, wenige Stunden bis zu einem halben Tag, kostenlos)
Medienzentrum Kassel
E-Mail: sekretariat@medienzentrum-kassel.de
Website: www.medienzentrum-kassel.de
<http://www.medienzentrum-kassel.de/fortbildung/download/datenschutz/planspiel.zip>
In diesen Planspielen erleben die SchülerInnen die Auswirkungen der Datenspeicherung im Netz/ Web 2.0. Über das Zurückverfolgen von Spuren im Internet werden sie für den Umgang mit persönlichen Daten sensibilisiert.

Schwerpunkt ‚Vereinte Nationen/Internationale Politik‘

1. *Mini-UNO-Planspiele* (Sekundarstufe II, 1 Tag, kostenlos)
In diesem Planspiel erleben die SchülerInnen Internationale Politik. Sie müssen dabei für globale Probleme gemeinsame Lösungen finden.

UNi-Gruppe der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Berlin-Brandenburg)
 E-Mail: oliver.hasenkamp@uni-potsdam.de

2. *POL&IS* (Sekundarstufe II, 2-3 Tage außerhalb der Schule, kostenlos, evtl. Kosten für die Unterbringung)



Dieses Planspiel wird von Jugendoffizieren der Bundeswehr veranstaltet. Die SchülerInnen erleben Sicherheitspolitik hautnah, indem sie in die Rolle von nationalen Entscheidungsträgern schlüpfen.

Bundesministerium der Verteidigung
 Jugendoffiziere der Bundeswehr
 Regional unterschiedliche Ansprechpartner – siehe Adressverzeichnis der Bundeswehr im Internet.
 Website: <http://www.bundeswehr.de>

Schwerpunkt ‚Bundespolitik‘

1. *Parlamentarische Demokratie spielerisch erfahren* (Sekundarstufe II, ca. 1 Tag in Verbindung mit einem Besuch im Bundestag, kostenlos)

Der Besucherdienst des Deutschen Bundestags veranstaltet dieses Planspiel regelmäßig. Die SchülerInnen lernen die Arbeitsweise des Deutschen Bundestags sowie die Gesetzgebung kennen.

Deutscher Bundestag, Besucherdienst, Berlin
 E-Mail: planspiel@bundestag.de
 Website: <http://www.bundestag.de/besuche/hinweise/planspiel/index.html>

Schwerpunkt ‚Landespolitik‘

1. *Der Landtag sind wir! – Bayerischer Landtag im Klassenzimmer* (Sekundarstufe I und II, ca. 1 Schultag, kostenlos)

Der Bayerische Landtag hat dieses Planspiel erstellt. Die SchülerInnen schlüpfen in die Rolle von Landtagsabgeordneten, verhandeln über landespolitische Themen und erhalten Einsicht in den Gesetzgebungsprozess.

Bayerischer Landtag, München
 E-Mail: betreuung@bayern.landtag.de
 Website: www.bayern.landtag.de



* * * * *



NEU +++ NEU +++ NEU +++ NEU

Alle Beiträge aus FPU 1/2008 bis FPU 2/2013 sind ab jetzt auch online verfügbar: www.dvvpb-bayern.de > Zeitschriften > Forum Politikunterricht

